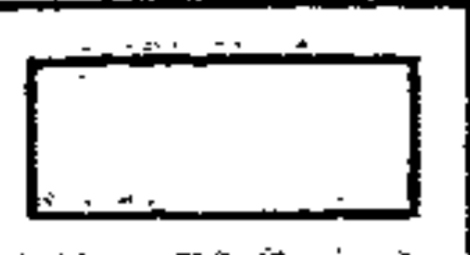


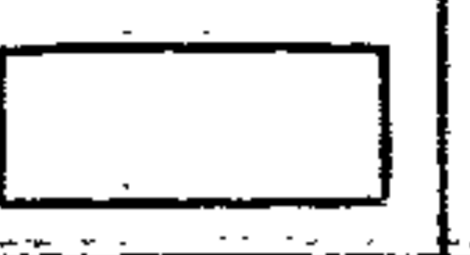
Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2.



Erste Ausgabe jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.



Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Durch Beschluß der dreizehnten Generalversammlung unseres Verbandes sind wieder dieselben Personen mit der Geschäftsführung in der Organisation betraut worden, welche bisher schon für die Geschäftsführung verantwortlich waren.

Alle Korrespondenzen an den Verbandsvorstand sind an die Adresse zu richten:

O. Allmann, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.;

alle Geldsendungen an:

Otto Freytag, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.;

alle Sendungen an die Redaktion des Fachblattes an:

Felix Weidler, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Auch wenn andere Vorstandsmitglieder, Sekretäre oder Kassierer Briefe über Karten an die Zahlstellenvorstände oder Mitglieder gerichtet haben, ist die Antwort darauf immer nur an die zuständige, oben angegebene Adresse zu richten.

Das Gauleitersystem ist ab 1. Juli dieses Jahres aufgehoben, und alle Anforderungen und Mitteilungen betreffs Agitation seitens der Zahlstellenvorstände an die der Einzelmitglieder sind in erster Linie an die zuständigen **Bezirksleiter** zu richten. Diese haben die Agitation in ihren Bezirken selbständig zu betreiben, sich aber über größere Agitationstouren in ihren Bezirken vorher mit dem Verbandsvorstand zu verständigen.

Die Zahlstellen und Einzelmitglieder in den Gaue Ostdeutschland (Berlin), Norddeutschland (Hamburg) und Bayern (München) haben dieses also zu beachten und sich in der Agitation nicht mehr an die bisherigen Gauleiter Heßhold-Berlin, Fischer-Hamburg oder Gahner-München zu wenden, sondern an ihre zuständigen Bezirksleiter eventuell an den Verbandsvorstand.

Ab 1. Juli beträgt das Eintrittsgeld in die Organisation für weibliche und jugendliche Mitglieder (unter 16 Jahren) sowie Lehrlinge nur 25 M , während es für alle andern Mitglieder auf 50 M , wie bisher, bestehen bleibt.

Besondere Mitgliedskarten mit 25 M Eintritt werden in aller nächster Zeit solchen Zahlstellen übermittelt, die bei der Agitation mit jugendlicher und weiblicher Arbeiterkraft zu rechnen haben; dagegen erhalten andere Zahlstellen diese besonderen Mitgliedskarten nur auf besondere Bestellung.

Ab 1. Juli dieses Jahres beträgt der Verbandsbeitrag in der niederen Beitragsstufe anstatt bisher 25 M 30 M ; mit dieser Beitragserhöhung in der niederen Stufe ist eine wesentliche Erhöhung der Streikunterstützung verknüpft (täglich 10 M mehr), welche ebenfalls am 1. Juli in Kraft tritt.

Die neuen Karten à 30 M werden den Zahlstellen umgehend zugesandt und müssen die alten Karten à 25 M mit der Abrechnung für Juli dem Gauleiters zurückgesandt werden.

Die Zahlstellenkassierer wollen Veranlassung nehmen, daß bis Ende Juli alle Mitglieder der niederen Beitragsstufe ihre restierenden Beiträge bis einschließlich Juni bezahlt haben; wer restierende Beiträge à 25 M erst nach dem Juli bezahlen will, muß diese Reste mit 30 M pro Woche bezahlen.

Die in allen Beitragsstufen erhöhte Streikunterstützung tritt ebenfalls am 1. Juli dieses Jahres in Kraft.

Ab 1. Juli verbleiben den Zahlstellen von den Beiträgen à 30 und 40 M je 7 M , von den Beiträgen à 50 und 60 M je 10 M und von den Beiträgen à 75 und 100 M je 15 M .

Neue Abrechnungsformulare mit den notwendigen Vordrucken werden bald zur Verfügung gelangen; in den Kassentüchern sind von den Kassierern die Rubriken entsprechend den neuen Abrechnungsformularen dann abzuändern.

Ab 1. Juli erfolgt der Ausschluß von Mitgliedern wegen restierender Beiträge schon dann, wenn sie **acht Wochenbeiträge schuldig sind und um Stundung nicht rechtzeitig nachgehrt haben.**

Nachzahlung restierender Beiträge von mehr als acht Wochen ist nur mit der Bedingung zulässig, daß diese Mitglieder dann auf ein volles Jahr — vom Tage der Nachzahlung an gerechnet — kein Anrecht auf irgendwelche Unterstützung in der Organisation haben.

Wenn Mitglieder sich in die Bezirksarbeitsnachweise der Organisation eintragen lassen, ist ihnen auf der letzten Seite des Mitgliedsbuches unter der Rubrik „Bemerkungen“ einzutragen:

Im Bezirksarbeitsnachweis seit 191...
vorgemerkt. (Unterschrift)

Die Mitglieder können immer nur zurzeit in einem Bezirksarbeitsnachweis nicht gleichzeitig in zweien, eingetragen sein.

Wer sich in einem auswärtigen Bezirksarbeitsnachweis vormerken lassen will, hat sein diesbezügliches Gesuch an den Bezirksleiter mit der Bezeichnung des Vorstandes seiner Zahlstelle versehen zu lassen.

Urabstimmung der Verbandsmitglieder. Im Monat Juli muß nach dem Beschluß des Verbandstages eine Urabstimmung der Verbandsmitglieder über folgende Frage stattfinden: Soll die höchste Beitragsstufe à M 1 nach dem Beschluß der Statuten-Beratungskommission obligatorisch eingeführt werden, und zwar unter folgender Abänderung des jetzigen Statuts:

Beitrag 60 M bei einem Wochenverdienst von über M 24 bis 28,
" 75 " " " " " " 28 " 33,
" 100 " " " " " " " 33.

Die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung beträgt dann in der Beitragsstufe zu M 1 pro Woche täglich M 2.

Die Stimmzettel werden vom Verbandsvorstand die nächsten Tage an alle Zahlstellen und Vertrauensleute der Einzelzahler versandt; sie sind von diesen ungefälscht allen Mitgliedern zu übermitteln und nach vollzogener Abstimmung — „ja“ oder „nein“ in die vorgesehene Zeile einzuschreiben — bis 1. August wieder einzuziehen. Bis zum 5. August müssen diese Stimmzettel dem Verbandsvorstand von den Ortsverwaltungen eingesandt sein.

Wir erwarten, daß sich unbedingt alle Verbandsmitglieder an dieser vom Verbandstage beschlossenen Urabstimmung beteiligen. Auch alle Mitglieder, welche weniger als diese Lohnstufe vorzieht verdienen, haben ein außerordentliches Interesse daran, ihre Stimme in dieser Frage mit in die Waagschale zu werfen, weil die von der Statuten-Beratungskommission beantragte und vom Verbandstage nur mit ein paar Stimmen Majorität verworfene Änderung in gerechter Weise den Grundlag zum Ausdruck bringen soll.

Etwas größere Belastung der Mitglieder, welche durch die Wirksamkeit der Organisation die höchsten Löhne verdienen (unter gleichzeitiger Erhöhung der Unterstützung) zugunsten der Schlagfertigkeit der Organisation bei Lohnkämpfen und zugunsten der Mitglieder in den niederen Beitragsstufen, welche also den geringen Wochenverdienst haben.

Der Verbandsvorstand.
J. A. O. Allmann, Vorsitzender.

Am 1. Januar 1913 liefen 1071800 Renten und 965624 Invalidenrenten, 15906 Krankenrenten und 90071 Altersrenten. Seit Inkrafttreten der Invalidenversicherung bis Ende 1912 wurden überhaupt 2761270 Invaliden-, Kranken- und Altersrenten festgelegt, von denen allerdings der größte Teil wieder in Wegfall gekommen ist. Der Gesamtbeitrag der bis Ende 1912 gezahlten Entschädigungen belief sich auf 2272 Millionen Mark. Davon entfallen auf das Berichtsjahr 208 Millionen Mark.

Die Einnahme an Beiträgen ist von 909 Millionen Mark im Jahre 1911 auf 970 Millionen Mark im Jahre 1912 gestiegen. Dieses außerordentliche Anwachsen ist in erster Linie auf die mit dem 1. Januar 1912 eingetretene Vermehrung der Beitragspflichtigen zurückzuführen. Das Vermögen der Versicherungsträger in der Invalidenversicherung ist Ende 1912 auf 1900 Millionen Mark angewachsen. Davon sind allein 34,5 pZt. in Wertpapieren angelegt. Dieses Kassenvermögen reicht doch zweifellos hin, die allmählichen Leistungen, namentlich die Witwen- und Waisenrenten aufzubessern. Das Heilverfahren hat wieder eine kleine Ausgestaltung erfahren, ebenso die Invalidenhauspflege. Die Zahl der in Invalidenhäusern Untergebrachten liegt beispielsweise von 1912 Ende 1911 auf 431 Ende 1912. Darunter befinden sich 1208 tuberkulose, unheilbare Renteneempfänger.

Von den Versicherungsträgern wurden 1912 insgesamt 222 193 berufungsfähige Bescheide erlassen. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine kleine Vermehrung. Allein 80,5 pZt. der Bescheide betreffen Invalidenrenten, sodann 6,1 pZt. Altersrenten und 13,4 pZt. Hinterbliebenenrenten. In 15 148 Fällen (11,3 pZt.) wurde die neue Rinderzuschulrente gewährt. Der Zahl nach wurden im übrigen festgesetzt 3921 Witwenrenten und 13 962 Waisenrenten, außerdem in 4118 Fällen das Witwen- und in 108 Fällen die Waisenaussteuer. Die ganze Hinterbliebenenversicherung wird von dem Bericht des Reichsversicherungsamts recht nebensächlich behandelt. Es ist ja auch kein Aufhebens damit zu machen.

Gegen die Bescheide der Versicherungsanstalt wurden 33 366 Berufungen an die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung eingelegt, gegen 32 792 im Jahre 1911. 82,8 pZt. wurden durch Urteil erledigt, der Rest durch Vergleich usw. Beweisaufnahmen fanden in 12 636 Sachen statt, darunter in 11 714 Sachen durch Beschaffung anderweitiger ärztlicher Gutachten. Gegen die Urteile der Schiedsgerichte wurden 5069 Revisionen beim Reichsversicherungsamt eingelegt. Im Jahre 1911 waren es 5939; es hat also eine Abnahme um 14,6 pZt. stattgefunden. Die Rentenentziehungssachen angeblich abgenommen haben. In Invalidenversicherungssachen hielt das Reichsversicherungsamt 329 Sitzungen ab, in denen 4851 Sachen erledigt wurden. Die Rechtsprechung ist im allgemeinen auch im Berichtsjahr wieder für die Versicherung ungünstiger geworden.

Außer den Revisionen in der Unfallversicherung und den Revisionen in der Invalidenversicherung (die Rechtsprechung in der Krankenversicherung wird dem Amte erst vom 1. Januar 1914 an unterstellt) waren noch zahlreiche Beschwerden zu erledigen und zwar 8100 aus der Unfallversicherung und 3196 aus der Invalidenversicherung. Es handelt sich hier um die Heranziehung der Unternehmer zur Beitragszahlung in der Unfallversicherung (Einschätzung in die Gefahrenklassen), Beitragsbefreiung in der Invalidenversicherung usw.

In zahlreichen Fällen (im Berichtsjahr z. B. in 1736) wenden sich Versicherte an das R.-V.-A., ohne daß dieses für die betreffende Angelegenheit zuständig ist. Das Amt kann daher auch in den meisten Fällen nicht helfen. Den betreffenden Versicherten sei der gute Rat gegeben, sich lieber an das ihnen zunächst gelegene Arbeitersekretariat zu wenden.

Die Krisen und ihr Einfluß auf unsere Gewerkschaft.

Unsere sozialistischen Wissenschaftler haben es sich zur Aufgabe gemacht, das Wesen der Krisen, ihre Ursachen und Wertungen sowie ihren Einfluß auf die allgemeine Arbeiterbewegung darzulegen. Dies Streben unserer Theoretiker, auf der werktätigen Masse einen Einblick in das wirtschaftliche Getriebe zu ermöglichen, ist um so wertvoller zu begrüßen, als man einen Drang, populär, gemeinverständlich zu schreiben, in diesen Abhandlungen nicht verkennen kann. Als Arbeiter müssen wir, um uns und unsere Familie zu erhalten, den größten Teil unserer Zeit der praktischen Betätigung widmen, es fehlt uns zum Verständnis in das wissenschaftliche unserer Wirtschaftswissenschaften an Grundwissen und an Zeit, wir sind also lediglich, so wir auch hier, notwendig die Erkenntnis des Zusammenhangs der Dinge begreifen müssen, auf die Darlegungen unserer Wissenschaftler angewiesen. Der Wert ihrer Deduktionen für die werktätige Masse steigt und fällt aber mit der Leichterverständlichkeit der Darstellung; es darf bei solchen rein theoretischen Abhandlungen nicht zuviel vorausgesetzt werden. Wie sehr gerade eine Beobachtung des gesamten wirtschaftlichen Lebens mit all seinen Begleiterscheinungen notwendig ist, beweist der Einfluß, den die verschiedenen Konjunkturen auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung ausüben.

Unter Krisen versteht man im Wirtschaftsleben den Wendepunkt, wo der Umschlag von der guten zur schlechten Konjunktur eintritt, während man die Zeit, die diesem Konjunkturschwung folgt, mit wirtschaftlicher Depression bezeichnet. Dieser Wechsel von der guten zur schlechten Konjunktur weist eine gewisse Regelmäßigkeit auf, so daß es möglich ist, nicht nur Ursache und Wirkung zu beobachten, sondern auch der Eintritt mit einigermaßen Sicherheit vorauszusagen ist. Nach der vorletzten Depression, die 1901 bis 1903 über das Wirtschaftsleben lagerte, trat dann 1904 wieder eine Besserung ein, deren Ursache sich unsere Theoretiker folgendermaßen erklären: Das in die Krisenjahre gereicherte Kapital mit dem dem erbeuteten Mehrwert akkumulierten Kapital drängt nach Verwertung; dies ist etwas leicht fassliches: denn die Kapitalinhaber haben nur Nutzen vom Kapital, wenn es arbeitet, sich verzinst. Durch die tote Zeit der Krise ist das Geld angehäuft, es ist billiger, was sich in dem niedrigen Zinsfuß ausdrückt, und steigt deshalb zum Gebrauch. Es ist vorzuziehen, mit billigen Geld Vergrößerungen vorzunehmen oder alte Betriebe auszubauen, da das billige Kapital die Produktionskosten herabmindert. Durch den Ausbau der Betriebe und durch die Neugründungen setzt aber schon die Aufwärtsbewegung

ein; denn diese Unternehmungen brauchen nicht nur für sich Arbeiter, sondern sie brauchen auch Produktionsmittel, die sie andern Betrieben entnehmen müssen, setzen also auch andere Betriebe in Tätigkeit. Die beschäftigten Arbeiter werden konsumkräftiger, sie können ihren Bedarf an Konsumartikeln, Lebensmitteln, den sie zur Zeit der Depression bis aufs äußerste einschränken mußten, wieder beden und befehlen dadurch den Warenmarkt. Diese Belebung kommt schnell, so daß die Nachfrage größer ist als das Angebot, was eine Erhöhung der Preise im Gefolge hat. Durch die guten Preise für produzierte Waren angeregt, versuchen nun natürlich die Unternehmungen soviel wie möglich Waren auf den Markt zu bringen; jede Maschine, die eine Vergrößerung der Produktion im Gefolge hat, ist ihnen, wie jeder Ausbau des Geschäfts, angenehm. So kann es natürlich nicht ins Unendliche gehen; die Kaufkraft der Arbeiter sowohl wie die der übrigen Bevölkerung wächst nicht in gleichem Maße wie die Produktion sich vermehrt, die Warenmasse, die auf dem Markt angeboten wird, anschwillt. Unsere heutige kapitalistische Produktionsweise ist eben ungerichtet; man produziert, ohne die Gewisheit zu haben, daß auch ein wirklicher Bedarf dafür vorhanden ist; das Absatzgebiet versucht man zwar zu erweitern, indem man mit den Waren über die Landesgrenzen hinausgeht, um neue Absatzgebiete zu erschließen, doch ist man hauptsächlich auf den inländischen Markt angewiesen, da die Exportpreise wohl kaum der Konkurrenz begegnen können. Ein Mangel an billigen Rohstoffen macht sich bemerkbar und wirkt mit den von der Arbeiterschaft erkämpften Lohnzulagen, die selbstredend auch ihren berechtigten Anteil an der guten Geschäftslage haben wollen, vertuernd auf die Produktionskosten; der Profit der Kapitalisten wird also kleiner, die Unternehmungslust gedämpft. Kommt noch hinzu, daß einige größere Unternehmungen durch die Absatzflutungen und erhöhten Produktionskosten unrentabel werden und ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllen können, andere vorsichtige Kapitalinhaber bei den ersten Anzeichen einer Störung ihr Geld vom Markt ziehen, das Geld aber teuer und knapp wird, so stehen wir vor einer plötzlich hereinbrechenden Krise. Natürlich wirken auch noch andere Momente hier mit, auf die wir aber im Rahmen dieses Artikels nicht eingehen können.

Es gehört nicht viel dazu, um zu erkennen, daß der Arbeitsmarkt mit der wirtschaftlichen Lage im engsten Zusammenhang steht. Auch die Arbeit ist eine Ware, und je nach Angebot und Nachfrage richtet sich auch auf dem Arbeitsmarkt der Preis. Im Zeichen der aufsteigenden Konjunktur, mit der gesteigerten Produktion werden bedeutend mehr Arbeitskräfte gebraucht, der Wert der Arbeit steigt, weil die Nachfrage reger ist, der Preis steigt. Bei flauem Geschäftsgang wird die Produktion eingeschränkt, Arbeitskräfte werden frei, die Nachfrage geringer, der Wert der Arbeit fällt und auch der Preis oder Lohn. Auch für unser Gewerbe ist die allgemeine Lage natürlich nicht ohne Einfluß, wie es sich auch in folgenden Zahlen vom Arbeitsnachweis ausdrückt. Es entfielen:

Im Jahre	100 offene Stellen	100 Arbeitsuchende
1909	100	158,9
1910	100	146,1
1911	100	144,7

Leider war es mir nicht möglich, die betreffende Zahl für 1908 ausfindig zu machen, doch heißt es darüber im Jahrbuch 1908: Das Jahr 1907 schloß schon für unsere Berufe sehr ungünstig, aber im Laufe des Jahres verschlechterte sich der Arbeitsmarkt immer mehr. Man kann also wohl annehmen, daß 1908 eine Steigerung der Arbeitsuchenden eingetreten ist, doch auch aus den vorliegenden Zahlen kann man deutlich den Einfluß der Krisenjahre 1907 bis 1909 auf den Arbeitsmarkt erkennen. Auch die Inanspruchnahme der Unterstützungseintrichtungen für Arbeitslose läßt die Eintretung der schlechten Konjunktur erkennen, es ist ein förmliches Emporsteigen der Unterstützungsauszahlungen, das in keinem Verhältnis zur Mitgliederzunahme steht. Es wurde bezügl. an Arbeitslosenunterstützung:

Im Jahre	Beitrag an Mitgliedern	Unterstützung am Orte	Unterstützung auf Reisen	Pro Kopf
1903	5565	91047	1387	4,02
1904	9068	26693	2593	3,23
1905	12285	38505	2948	4,03
1906	12540	39221	3668	3,43
1907	18264	63093	6110	4,46
1908	18289	68825	6440	4,11
1909	19586	75547	7628	3,22
1910	21944	76719	6847	3,29
1911	25218	79186	5767	3,26

ist ein Mitgliederverlust bei uns auch nicht eingetreten, so werden wir die Mitgliederabnahme später bei der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung um so deutlicher sehen. Außerdem werden durch das verstärkte Angebot von Arbeitskräften in der Depression die gewerkschaftlichen Kämpfe beeinflusst, der Unternehmer hat ein großes Angebot, der Preis der Arbeit sinkt, und er sucht die Löhne zu drücken, weshalb die Arbeiter zu den Abwehrkämpfen gedrängt werden, während in der guten Konjunktur der Wert der Arbeit durch die rege Nachfrage steigt, und sie versuchen, durch Lohnforderungen, Angriffskämpfe, einen möglichst hohen Preis für ihre Arbeit zu erzielen. Man wird also in guten Jahren eine Steigerung der Angriffskämpfe und in schlechten Jahren eine Zunahme der Abwehrkämpfe und Ausperrungen konstatieren können. Es waren Personen beteiligt an

Jahr	Angriffskämpfe	Abwehrkämpfe	Ausperrungen
1905	1292	8	—
1906	611	52	—
1907	4124	93	—
1908	296	58	86
1909	45	33	—
1910	1442	457	—
1911	11694	—	24

Wenn wir auch noch nicht so sehr mit Ausperrungen zu rechnen haben, so liegt es einmal wohl in der Eigentümlichkeit unseres Gewerbes begründet, sodann aber auch in den Organisationsverhältnissen unserer Arbeitgeber. Bei der Beobachtung der gesamten Gewerkschaftsbewegung fällt das Angeführte noch mehr ins Auge. Genosse Richard Seibel hat zu dem Zwecke folgende Zahlen zusammengestellt. Es waren Personen beteiligt an

Jahr	Angriffskämpfe	Abwehrkämpfe	Ausperrungen
1906	183756	38930	93356
1907	142044	33348	104738
1908	30187	36120	60573
1909	54050	42720	34494
1910	110613	31500	226898
1911	169657	42239	113357

Daß in den flauen Jahren die Unternehmer versuchen, die Löhne zu drücken, ist schon gesagt und wird durch folgende Zahlen bestätigt: An Abwehrkämpfen zur Verhütung von Lohnreduzierungen waren 1906 10 571, 1907 11 329, 1908 16 950, 1909 17 039 Personen beteiligt; 1910, mit Eintritt der besseren Konjunktur, sind die Zahl auf 11 220. Den Mitgliederverlust der Gewerkschaften sehen wir aus nachstehender Zusammenstellung: 1906 hatten die Gewerkschaften 1 799 293 Mitglieder, stiegen bis Juni 1907 auf 1 892 665, um zum Jahresabschluss auf 1 873 146 zu fallen, dann fällt die Ziffer rapid auf 1 797 963 im Jahre 1908, bis auf 1 762 167 im ersten Quartal 1909 und steigt dann bis zum Jahresabschluss auf 1 892 568; 1910 auf 2 128 021 und 1911 auf 2 400 126. Bemerkenswert ist außerdem noch, daß, abgesehen die Mitgliederzahl sinkt, die Ausgaben für Unterstützungen der Arbeitslosen von 1906 bis 1907 fast um zwei Millionen und 1907 bis 1908 fast um vier Millionen stiegen, wie ja auch aus der Berechnung in dem Artikel „Das Problem der Arbeitslosenversicherung“ zu ersehen war. Diesem Mitgliederverlust zu begegnen, wird das Bestreben der Gewerkschaftsführer sein müssen, wie ja auch die Taktik in den Kämpfen und die Dauer der Tarifverträge von der wirtschaftlichen Lage beeinflusst sein wird.

Wenn nun Genosse Kautsky in seiner Abhandlung: „Die Wandlungen der Goldproduktion und der wechselnde Charakter der Feuerung“ schreibt: „Der industrielle Aufschwung läßt die Organisationen des Proletariats, sein Kraftgefühl und seine Kraft erstarren, aber sie stumpfen den Stachel ab und schwächt den revolutionären Drang nach Umwälzung des ganzen kapitalistischen Systems und der es beherrschenden Staatsgewalt. Die Zeit der Stagnation oder des zunehmenden Friedens schärft den Stachel des Klassenkampfes und verstärkt den revolutionären Drang des Proletariats in dem Maße, indem die Verhältnisse unrettbarer werden“, so erscheint mir dies nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Erstens zeigt doch die Zunahme der Gewerkschaften und der Partei in guten Jahren, daß der Stachel des Klassenkampfes durchaus nicht abtumpft, sondern der Arbeiter mit der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage selbstbewußter und deshalb anspruchsvoller wird, als wenn er stets mit Nahrungsorgen zu kämpfen hat; zweitens zeigt auch die Zunahme der Angriffskämpfe in guten Jahren, die mit Erfolg enden, daß auch da noch manche Position genommen werden kann. Ich erinnere nur noch an den Ausfall der Reichstagswahlen in der Krisenzeit 1907 und in der Hochkonjunktur 1912.

Wie dem auch sei, Stärkung der gesamten Arbeiterbewegung tut nur durch Ausbau der Unterstützungen müssen die Mitglieder gefördert werden, und aller Einfluß ist zu verwenden, um auch die Kommunen zur Arbeitslosenunterstützung heranzuziehen, um die Arbeiterkraft vor der Verelendung zu bewahren. Der Anschluß an die Konsumvereine, die in ihrem Nationalen ein Mittel geschaffen haben, den arbeitslosen Proletarier in der schlechten Zeit zu unterstützen, ist zu empfehlen. Dann wird man den Mitgliederverlusten entgegenwirken können, bis der Sozialismus stark genug ist, eine geregelte Produktion einzuführen. O. E.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ausgeschlossen aus dem Verbandsverbande wurden auf Antrag der Zahlstelle Wiesbaden Philipp Funk (Buch-Nr. 27 883) und Johann Kelterbaum (Kartennummer) wegen Schädigung des Verbandes.

Der Verbandsvorstand.

J. A. O. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 16. bis zum 21. Juni gingen bei der Hauptkassse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Mai: Passau 10,80, Görlitz 306,90, Tüffel, dort 299,25, Neumünster 11,20, Hildesheim 87,70, Lüdenscheid 68,30, Biederach 48,85, Leipziger 18, Amberg 45,70, Weidach 64,00, Weidachkirchen 43,60, Wachen 85,50, Rudolfsstadt 71,30, Schwerin 96,50, Rüttingen 125,60, Heterjen 38,50, Königsberg 67,10.

Von Einzelzahlern der Hauptkassse: R. M. Bismarck 10,90, R. J. Gnoien 6, J. B. Reichenau i. S. 4, R. Reichenau i. S. 2,50, G. R. Pambrücken 5.

Für Abonnements und Anzeigen: Dr. G. Gergögen A. S. Rudolfsstadt 5.

Für Geschichte der Bäder- und Konditorbewegung: Görlitz A. 6. Mit der Hauptkassette registrieren für Mai: Cottbus, London. Abrechnung ohne Geld gesandt: Plauen i. S. Der Hauptkassierer, O. Freitag.

Aus den Bezirken.

Zahlsche Oera. Die Adresse des Kassierers ist: S. Trenkel, Oera-Unterhaus, Lindenstr. 23, 2. Et. Zahlsche Jinsenau. Die Adresse des Vorsitzenden ist ab 1. Juli: Richard Komovsky in Stügerbach, Schleusinger Straße 14.

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der davon beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben.)

Bäder.

Die Lohnbewegung der Bäder in Kiel. Um endlich einmal mit dem veralteten System des Kost- und Logiszwanges aufzuräumen und überhaupt eine den modernen Verhältnissen in etwa entsprechende Bezahlung und Arbeitszeit auch bei den Innungsmeistern durchzuführen, war in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Gesellenausschusses, des Vorstandes des Zentralverbandes und des Vorstandes der Bräderkassen ein Tarifvorschlag zustande gekommen, in welchem unter anderem bei Beerdigung des Post- und Logiszwanges ein Mindestlohn von M 26, für geleistete Ueberstunden 60 % und der wöchentliche Ruhebezug gefordert wurden.

Dieser Tarifvorschlag wurde in einer am 14. Mai stattgefundenen öffentlichen Versammlung in der Harmonie angenommen. Aus zeitlichen Gründen beteiligten sich an der Abstimmung nur solche Gesellen, die bei Innungsmeistern arbeiten. Der Gesellenausschuss wurde beauftragt, diesen Vorschlag der Innung zu unterbreiten. Am Dienstag, 27. Mai, fand dann dieser Punkt mit auf der Tagesordnung der Innungsversammlung. Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung hätte der Gesellenausschuss an dieser Beratung mit teilnehmen müssen. Derselbe wurde aber vom Obermeister fast nach Hause geschickt, nachdem von einem Mitglied des Ausschusses die Teilnahme an der Verhandlung beantragt war.

Obne Gesellenausschuss wurde über den Tarifvorschlag verhandelt. Bei der Abstimmung wurden 15 Stimmen für den Tarif und 65 dagegen abgegeben. Der Vorstand wurde aber ersucht, in Verhandlungen mit dem Gesellenausschuss zu treten.

Ein bemerkenswerter Vorfall, auf der einen Seite Ablehnung, auf der anderen Verhandlung mit dem Gesellenausschuss, wird erzählt, wenn man das Ergebnis der nachfolgenden Sitzung des Innungs-Vorstandes mit dem Gesellenausschuss betrachtet, die am 30. Mai stattfand. Zu derselben wurde vom Obermeister erklärt: Es soll jedem Arbeiter freigestellt sein, ob er seine Gesellen außer Kost und Logis geben wolle. Der Minimallohn beträgt M 10, maximal M 1 oder M 2 mehr für Anstaltsarbeiten M 5 pro Tag und bei längerer Dauer M 2 über den Wochenlohn des betreffenden Gesellen. Der wöchentliche Ruhebezug könne nach gewährt werden, dafür sollen die Gesellen an einem Tage von morgens 7 Uhr von der Arbeit entbunden werden und an einem anderen Tage vor 2 Uhr nichts mehr anfangen zu arbeiten. Für die Sonntage wurde nichts vorgeschrieben mit der Begründung, derselben seien als „selbständige“ Arbeiter zu betrachten und können es sich einrichten, daß sie den freien Tag erhalten.

In einer Versammlung der Bädergesellen am 13. Juni im „Solidarität“ wurde vom Kollegen Kappmann dieser Vorschlag des Innungsvorstandes einer heftigen Kritik unterzogen und betont, daß dieser Vorschlag an den bestehenden Verhältnissen nichts ändere. Von besonderem seien die Gesellen überzeugt gewesen, daß nach den bisherigen Erfahrungen auf gutlichem Wege bei der massenhaften Gewinnung der heutigen Bädermeister nichts zu erreichen sein würde. Das Verhalten der Innung und ihres Vorstandes begründet nur, der Öffentlichkeit mitzuteilen, die Innung ist bereit, zu unterhandeln und hat auch ein Gegenangebot gemacht. Nachher klang es, daß der ganze sehr reichhaltige ein Sonderantrag.

Vom Kollegen Kappmann wurde das Verhalten des Vorsitzenden der Bräderkassen, Freitag, der der Innung als Mitglied angetreten, als nicht sehr glücklich. Auf der einen Seite als Vertreter der Bräderkassen betritt er eigentlich die Interessen der Bräderkassenmitglieder, auf der anderen Seite als Mitglied der Innung muß er die Interessen der Innung vertreten. Als einzige Organisation, die die Interessen der Gesellen mit Rücksicht nehmen kann, kann nur der Zentralverband der Bäder und Konditoren in Frage. Er vertritt beständig die Bräderkassenmitglieder aus, daß dieser Organisation angeschlossen.

Es ist anzunehmen, daß es sich keine Beschlüsse machen lassen. Er ist ganz in der Innungsbewegung gefangen, doch ist aber nicht an der Arbeit und der Innungsbewegung beteiligt. Er hat auch nicht der Gesellen, noch der Innungsbewegung gegeben, wenn er aus Mangel an geübter Arbeit sich in kleineren Besprechungen gegen einen Kollegen wehrt. Wie weiter geht noch folgen.

Vom Kollegen Kappmann wurde bemerkt, daß derselbe nicht mehr erreichen lassen und beantragt, denselben zu erlösen und zu anderen Ehren der Hauptversammlung, dem Innungsvorstand, zu überlassen.

Schließlich wurde folgende Resolution gegen den Tarifvorschlag angenommen: Die Innung am 13. Juni, folgende öffentliche Bäder- und Konditorbewegung, wurde dem Innungsvorstand mit dem Gesellenausschuss überzogen, bei der Innung entsprechende Forderungen. Die Erklärung, den den öffentlichen Standpunkt der Innungsbewegung nicht zu ändern, ist nicht. Nach der bisherigen Erfahrungen von Innungsbewegung, daß der größte Teil der heutigen Innungsbewegung, welches Innungsbewegung abgelehnt sein würde. Es sei wieder bestritten, daß die allgemeinen gesetzlichen Forderungen der Gesellschaft auf gutlichem Wege nicht zu erreichen sind. Auf Antrag des Gesellenausschusses wird derselbe von einer weiteren diesbezüglichen Aufgabe entbunden. Die Versammlung in der Ansicht, daß nur durch eine feingliedrige Organisation der Gesellen, wie solche der Zentralverband der Bäder und Konditoren darstellt, Besserung erreicht werden kann. Daher überträgt die heutige Versammlung dieser Organisation alle weiteren Schritte in der Angelegenheit. Die Anwesenden, soweit sie nicht organisiert sind, verpflichten sich, sich derselben anzuschließen, um endlich in Kiel Verhältnisse zu schaffen, die es ermöglichen, als Mensch unter Menschen zu leben.

ungen der Gesellschaft auf gutlichem Wege nicht zu erreichen sind. Auf Antrag des Gesellenausschusses wird derselbe von einer weiteren diesbezüglichen Aufgabe entbunden. Die Versammlung in der Ansicht, daß nur durch eine feingliedrige Organisation der Gesellen, wie solche der Zentralverband der Bäder und Konditoren darstellt, Besserung erreicht werden kann. Daher überträgt die heutige Versammlung dieser Organisation alle weiteren Schritte in der Angelegenheit. Die Anwesenden, soweit sie nicht organisiert sind, verpflichten sich, sich derselben anzuschließen, um endlich in Kiel Verhältnisse zu schaffen, die es ermöglichen, als Mensch unter Menschen zu leben.

Bemerkten wollen wir, um der Innung von vornherein zu bezeugen, daß an der Abjammung sich nur solche Gesellen beteiligten, die bei Innungsmeistern arbeiten.

Es wird sich ja nun zeigen, ob die Innungsmeister, nur um ihren Kopf durchzusetzen und keine sozialen Fortschritte in ihren Betrieben einzuführen, es auf das äußerste ankommen lassen. Das konsumierende Publikum hat nämlich da auch noch ein Wort mitzureden.

Fabrikbranche.

Zwischen der Hannoverschen Eiswasselfabrik von H. Kreimer und unserer dortigen Zahlsche wurde nachfolgender Tarifvertrag vereinbart:

1. Löhne. Der Lohn für Bäder beträgt M 25 pro Woche und steigt nach halbjähriger Beschäftigung auf M 26. Der Lohn für Mädchen unter 16 Jahren beträgt M 9 pro Woche und steigt nach halbjähriger Beschäftigung auf M 10 pro Woche. Der Lohn für Mädchen über 16 Jahre beträgt M 10 pro Woche und steigt nach halbjähriger Beschäftigung auf M 11 pro Woche. Die Alltagsarbeiterinnen bekommen, falls der im Accord verdiente Satz unter obigen Sätzen zurückbleibt, die Differenz bezahlt, so daß jedes obige Lohnsatz garantiert ist.

2. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige, einschließlich einer halben Stunde Frühstück, anderthalb Stunden Mittag und einer Viertelstunde Pausenpause. Sonnabends nachmittag ist die Arbeitszeit um 5 Uhr beendet.

3. Ueberstunden. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden, soweit solche gemacht werden, werden dieselben wie folgt bezahlt: für Bäder 60 % pro Stunde, für Mädchen unter 16 Jahren 30 % pro Stunde, für Mädchen über 16 Jahre 25 % pro Stunde.

4. Arbeitsvermittlung. Sämtliches Bäderpersonal wird im Bedarfsfalle vom Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Bäder u. s. w., Hannover, Wilhelmstr. 7, Zimmer 24, bezogen. Derselbe verpflichtet sich, kostenfrei geeignete Personen zu vermitteln.

5. Allgemeines. Pro Woche sind nur sechs Arbeitstagen zu leisten. Sämtliche Löhne sind Wochenlöhne; für die in die Woche fallenden Feiertage dürfen Abzüge nicht gemacht werden. Dieser Vertrag gilt vom Tage der Unterschrift auf die Dauer von einem Jahr. Er läuft nicht auf ein weiteres Jahr, wenn er nicht mindestens vier Wochen vor Ablauf des Termins von einem der beiden Kontrahenten gekündigt wird.

Hannover, 9. Juni 1913. Erste Hannoversche Eiswasselfabrik, gez. H. Kreimer. Zentralverband der Bäder u. s. w., gez. B. Weber.

Beteiligt waren an dieser Bewegung fünf Personen, welche M 1 Zulage bekamen. Die Kosten sind besser geregelt worden. Für Ueberstunden bekommen alle 10 % Zuschlag. Weiter kommt nunmehr die Lohnsteigerung nach halbjähriger Beschäftigung den Seiten zugute.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Verantwortlichen versehen und vom Berichtenden gegenzeichnet sein.)

Bäder.

Berlin. Am 15. Juni fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, in welcher Kollege Schaefer Bericht vom Verbandstag erstattete. Da die Kollegen durch die Zeitung schon unterrichtet sind, konnte er den Bericht kurz fassen. Schaefer fand, daß der Verbandstag gute Arbeit geleistet hat; nur bedauert er, daß die obligatorische Einführung der Kartons abgelehnt worden ist. Er wünschte die Vorteile, welche bei der Einführung derselben haben und ermahnt, bei der Abstimmung für die Einführung derselben zu stimmen. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Berliner Mitglieder erklärt, mit dem Beschluß des 12. Verbandstages, angenommen den Beschluß über die Ablehnung der obligatorischen Einführung der Kartons, die volles Einverständnis und verpflichtet sich, die Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Auf eine Anfrage bezüglich des letzten Versammlungsberichtes erwidert der Schriftführer, daß er den Bericht in der nächsten Form nicht eingereicht habe; die Redaktion habe zugesagt, daß sie ihn gedruckt hat. Mit einem Hoch auf den Verband und die internationale Bäderbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Halle. Am 15. Juni fand im Kaffeehaus eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung statt, in welcher der Bericht vom Verbandstag gegeben wurde. Kollege Richter erstattete den Bericht zum Gesellenkontariff; Kollege Richter gab den Bericht über die anderen Verhandlungen und Beschlüsse. Abgesehen von einigen Wünschen zum Gesellenkontariff und zur Statutenänderung wurde nichts anderes, erklärte man sich mit den geäußerten Beschlüssen einverstanden. In Wünschen wäre gewesen, daß die Versammlung besser besucht gewesen wäre.

Des weiteren fand am 17. Juni eine Generalversammlung der Innungs-Krankenkasse statt. Gegen die vorhergehende war vom Kollegen Weidmeyer Beschwerde eingelegt worden, da diese nach dem Statut nicht ordnungsgemäß einberufen war. Der Obermeister konnte es sich nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, daß die sechs Seiten lange, mit einer Schreibmaschine hergestellte Beschwärde wohl auf einem gewissen Bureau geschrieben sei. Der Magistrat hatte die Beschwerde aber zum Leidwesen der Innungsleitung doch als berechtigt anerkannt, und so mußte eben noch einmal verhandelt werden. Unsere Vertreter wurden wieder in den Vorstand gewählt. Der Versammlung war eine allgemeine Innungsversammlung vorausgegangen, in der die Änderungen, denen die Karte auf Grund der neuen Reichsversicherungsordnung unterworfen ist, bekanntgegeben wurden.

Es muß hier noch darauf hingewiesen werden, daß unsere Kollegen, vor allen Dingen die jüngeren, bei den Innungsmeistern mehr in Arbeit gehen sollten; sie könnten, was gerade die Innungs-Krankenkasse betrifft, sehr gut zum Nutzen der Kollegen wirken. Würden sie sich mehr um die Krankenkassenangelegenheiten kümmern, dann hätte ihnen auch die Vorberufung bekannt sein müssen. Wir wollen hoffen, daß dieser Hinweis genügt, und daß man sich nicht immer auf einzelne Kollegen verläßt. Auch die Kollegen in den Großbetrieben haben die Pflicht, sich mehr um die Krankenkasse zu kümmern, denn sie haben mit ihren Familien unter den schlechten Löhnenverhältnissen gerade genug zu leiden. Es sei zum Schluß darauf hingewiesen, daß eine Erhöhung der Klassenbeiträge beschlossen worden ist, ohne Erhöhung der Klassenleistungen. In den nächsten Versammlungen darf kein Klassenmitglied fehlen, alle müssen auf dem Posten sein.

Hannover. (Hoylott der Wulfelder Brotfabrik.) Herr Friedeler mag der Hoylott doch außerordentlich fühlbar werden, denn er macht die Krampfhaftesten Anstrengungen, durch Insuperate sowie durch außerordentlich schweres Brotdgewicht seine Rundschiff zu halten. Vor einigen Tagen begegnete ihm einer seiner früheren Bäder, der fast acht Jahre Herrn Friedeler treu gedient hat. Der Bäder zog anstandslos den Hut und grüßte Herrn Friedeler. Da geschah das Unglaubliche, das niemand für möglich halten sollte: Herr Friedeler verbat es sich mit sehr lauter Stimme auf offener Straße, daß der Bäder noch einmal verabschieden solle, ihn zu grüßen. Der Hoylott mag Herrn F. doch recht hart getroffen haben, daß schon der Gruß seiner alten Bäder ihm so in Ohren zu bringen vermag. Wie außerordentlich ungemütlich es den bei Friedeler geliebten Arbeitswilligen geht bei der Firma wird, beweist, daß die Oberbäder Beigel, Winkler und Paepflow sich in tarifstreuen Brotfabriken um Arbeit umgesehen haben. Sonderbare Menschen; erst helfen sie Herrn F. als Arbeitswillige aus der Verlegenheit und nachher möchten sie gar zu gern in tarifstreuen Betrieben die Löhne verdienen, die die Organisation erdämpft hat. Andererseits ist das aber auch ein Zeichen, wie es jetzt in der berühmten Wulfelder Brotfabrik des Herrn Georg Friedeler bestellt sein muß. In seinen Räten ist ihm nun eine Hilfe von Seiten des Brotfabrikanten durch aus Hamburg gemeldet. Dieser soll ihm zunächst sehr schätzenswerte Räte gegeben haben, wie er am besten klugbar gegen die „roten Brüder“ vorgehen könne; jedoch soll H. Herrn Friedeler den guten Rat gegeben haben, auf keinen Fall zu bewilligen, die Rundschiff könne nach einigen Wochen bestimmt wieder. Da könnten die Herren sich denn doch recht bitter kämpfen; denn darüber bestimmt schließlich wohl die Arbeiterchaft selber, wo sie ihr Brot und ihre Bekleidung beziehen will!

München. In einer sehr gut besuchten Versammlung am 11. Juni erstatteten die Delegierten den Bericht vom Verbandstag, der bis auf zwei Punkte ohne wesentliche Diskussion hingenommen wurde. Der Ausschuß des Kollegen Rathhofer wurde lebhaft besprochen und führte zu scharfen Auseinandersetzungen, indem einige Mitglieder glaubten, der Ausschuß wäre dem doch zu weitgehend gewesen. Ein Teil der Anhänger versuchte auch jede wirklich sachliche Aussprache über das Verhalten M. S. durch unparlamentarisches Verhalten zu hintertreiben. Aber die Mehrzahl der Mitglieder hielt den Bericht für angebracht. Zur Regelung der Gehaltsfrage meinte ein Redner, daß wohl die Verbesserung für die agitatorisch verwendbaren Kollegen angebracht war, jedoch für die nur zu Bureauarbeiten verwendeten Kollegen hätten die bisherigen Gehälter auch gereicht. (? D. A.) Wegen vorgerückter Zeit konnte die Tagesordnung nicht mehr erledigt werden und wurde eine weitere Versammlung auf den 17. Juni in die „Zentralhalle“ einberufen, die wider Erwarten hart besucht war. Durch ein Flugblatt wurde in der Zwischenzeit weitere Aufklärung in der Angelegenheit M. S. gegeben, und es sehen die Kollegen nun ein, daß innerhalb der drei nächsten Jahre alles Weitere unnützes Beginnen sei. Die festgesetzte Tagesordnung konnte in voller Ruhe und Ordnung erledigt werden. So wurden ohne Widerspruch alle Mitglieder des Verbandsausschusses wiedergewählt und als Streikbrecher (Stimmenbrecher) gegen eine Stimme aus dem Verbande ausgeschlossen. Die Ordnung der Versammlung stellte ein Beschluß dar, wonach der Ertragsbeitrag von 10 % aufgehoben und der 75 % Beitrag für München obligatorisch eingeführt ist. Nur 20 Kollegen trauten dagegen, weil sie meinten, man sollte die 10 % weiter erheben, da die herrlichen Verhältnisse am Orte wieder vollständig geordnet sind und den betreffenden Kollegen dann entsprechende Unterstützung aus der Lokalkasse gewährt werden kann, insofern sie durch diese Kämpfe in Mitleidenschaft gezogen werden sollten. Eine Mitteilung über die bevorstehende Gesellenauswahl und einen Artikel in der christlichen „Solidarität“ bildete den Schluß der Versammlung, die seit langer Zeit wieder die erste war, welche mit sachlicher Meinungsäußerungen ohne persönliche Angriffe zu Ende geführt werden konnte. Den meisten Anwesenden war das eine Wohltat und dürfte das für die kommende Zeit ein gutes Omen bedeuten.

Zollingen. Am 10. Juni fand hier die Gesellenversammlung statt und endete mit einem glänzenden Erfolg für unsere Kollegen. Die freie Innung Zollingen wurde nämlich in eine Innung für den oberen Teil Zollingen umgewandelt, an deren Spitze der Obermeister Lorenz Bremen steht. Kollegen, welche die früheren Löhne

Bewegungen in Solingen mitgemacht haben, werden sich dieses Herrn Wohl noch erinnern. Unsere Gegner stellten keine Kandidaten als Ersatzmänner auf, nachdem sie bei der Wahl des Ausschusses so gründlich durchgefallen waren. Auf die Frage des Herrn Bremen, ob keine weitere Vorwahl gemacht werden würde mit Gelächter geantwortet. Gewählt wurden die Kollegen Schneider als Mitgeselle, Kündlich als Schriftführer, Zimmermann als zweiter Schriftführer und die Kollegen Kuhlmann, Schmidt und Vorimann als Ersatzmänner.

Nun, Kollegen, immer so auf dem Posten wie am 10. Juni und geht auch alles darangesetzt, damit auch der letzte Kollege der Organisation zugeführt wird.

Konditoren.

Dresden. In Nr. 23 der Dresdner Bäckermeisterzeitung findet sich folgender Bericht: „Eine öffentliche, zur besuchte Konditorenversammlung fand am Donnerstagsabend im Hotel „Stadt Petersburg“ statt. Einberufen war sie von der Kommission der Dresdner Bäckerhilfskassen. Die beiden Referenten Müller und Kaiser erstatteten Bericht über die durchgeführte Einberufung eines freien Nachmittags als Ersatz für geleistete Sonntagsarbeit. An die Referate schloß sich eine längere, lebhafteste Diskussion. Zum Schluß wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Konditorenversammlung spricht der Kommission für die geleistete Arbeit ihren Dank aus und erklärt, daß sie zur Kommission volles Vertrauen hat. Da es nur im Interesse des ganzen Konditorenstandes sein kann, wenn der sozialdemokratische Verband seinen festen Fuß faßt, beschließen die Anwesenden, für weitere Stärkung des christlich-nationalen Verbandes Sorge zu tragen und empfiehlt die heutige Konditorenversammlung allen Dresdner Konditorgehilfen, Mitglieder des christlich-nationalen Verbandes zu werden.“

Es kennzeichnet die Führer der Dresdner „Christlichen“ ganz besonders, daß sie ihren Bericht in einem Unternehmerrgan lancierten, und noch mehr, daß ihnen dieses Blatt Aufnahme gewährte. Die Aufnahme bedeutet für die Innungsmittglieder einen Hinweis, daß den Unternehmern in ihrem Bestreben, die Organisation zu unterdrücken, neben den „Gelben“ nun auch noch die „Christlichen“ als Helfershelfer entstanden sind. Es nimmt sich auch besonders gut aus, daß man im Vorjahre in den Versammlungen das Maul recht voll nahm und nun doch mit einem halben Nachmittag als Ersatz für entgangene Sonntagsruhe zufrieden ist. Die Herren von Dresden und Düsseldorf prophezeiten im Vorjahre, daß in einem Jahre sie mehr herausgeholt und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen hätten, als unser Verband in den tarifvertrugenen Bädereien. Nichts ist erreicht bezüglich der hässlichen Löhne und der Kost- und Logisverhältnisse. Da bleibt alles beim alten. Aber in der Resolution liegt etwas Wahrheit, wenn auch unbewußt hineingelegt. Wenn dort gesagt wird: „Da es nur im Interesse des ganzen Konditorenstandes sein kann, wenn der sozialdemokratische Verband seinen festen Fuß faßt“, so heißt das ja nur, daß es vor allem für die Unternehmer von Interesse ist, wenn unsere Organisation bekämpft wird, weil die Herren dann von der Zahlung höherer Löhne, der Abschaffung des Kost- und Logiszwanges und von der Gewährung eines wöchentlichen Ersatzruhetages von 36 Stunden noch verschont bleiben.“ Die „Christlichen“ geben sich ja mit jedem Proben zufrieden, der ihnen gnädigst hingeworfen wird. Wenn die „Christlichen“ aber auch zunächst unter den Konditorgehilfen etwas Anhang finden sollten — was wir bezweifeln — so kommt dennoch die Zeit, wo sie als bewußte Schädlinge der Arbeiterbewegung und als direkte Verdächtige der Unternehmer sogar von dieser Kollegengruppe erkannt werden.

In Düsseldorf dagegen wurde nur ein Betrieb und später noch ein weiterer befreit. Die Beschaffung neuer Arbeitskräfte war in beiden Städten möglich, jedoch waren die Wirkungen des Boykotts nicht unerheblich. In Köln ging der Streit für die Gehilfen nach fünfwöchiger Dauer verloren und wurde nebst dem Boykott aufgehoben. In Düsseldorf wurden auch solche Betriebe boykottiert, die nicht vom Streit betroffen waren. Diese Betriebsinhaber wirkten beim Landgericht in Düsseldorf eine einstweilige Verfügung, nach der den Gewerkschaften der Boykott verboten wurde. In Verlauf dieses Rechtsstreites sind sechs Prozesse anhängig, die für das gesamte Bädergewerbe von größter prinzipieller Bedeutung sind. Da die Prozesse gegen die Gewerkschaften noch nicht entschieden sind, kann näheres nicht mitgeteilt werden. Eine weitere Lohnbewegung wurde vom Hamburger Verband in Hannover inszeniert, bei der ein Mitglied unseres Verbandes beteiligt war. Bei den Lohnbewegungen zeigte sich in den Städten, daß unter mangelnder Solidarität die boykottierte Firma mehr zu leiden hat als durch den Boykott. Es ist äußerst behauerlich, daß von seiten mancher Herren die Gelegenheit des Boykotts über einzelne Firmen benutzt wird, um die Kunden der boykottierten Firma zu gewinnen. Um das künftig zu verhindern, ist der Zusammenschluß auf engerer Grundlage erforderlich; denn nur dann kann der einzelne den Kampf durchzuführen, wenn er der Unterstützung aller Kollegen sicher ist.“

Der Bericht wurde ohne Debatte entgegengenommen, somit ist zu erwarten, daß die Unternehmerorganisation an ihrer seitherigen Taktik bei den wirtschaftlichen Kämpfen festhalten wird. Uns kann das recht sein; denn es wird dann um so früher zu derselben Erscheinung kommen wie in anderen Berufen, wo die Unternehmer gezwungen waren, durch das ständige Vordringen der organisierten Arbeiter ihren tariffeindlichen Standpunkt aufzugeben. Die Kämpfe in Köln und Düsseldorf waren lediglich Vorspiele zur Einleitung großer, umfangreicher Bewegungen der Arbeiter in den Brotfabriken. Dann wird auch die Hilfe der Gerichte und ein Verbot des Boykotts nichts nützen. Schützen können sich aber die Unternehmer nur durch die Reformierung ihres tariffeindlichen Standpunktes und die Aneignung moderner Grundsätze, nach welchen auch der Arbeiter als mitbestimmender Faktor des Arbeitsvertrages anerkannt wird.

Beiträge zur Lehrlingszählerei. Aus den Berichten der Zweigverbände der Bädereien findet sich auch die Wahrheit durch über die Zahl der beschäftigten Lehrlinge und Gehilfen. Wenn wir in unsern statistischen Arbeiten den Nachweis einer unverantwortlichen Lehrlingszählerei erbringen, dann werden unsere Angaben als unglaubwürdig und tendenziös gefälscht hingestellt. Die Unternehmerverbände müssen aber, wenn sie auf Ordnung in den Verbandsangelegenheiten bestehen wollen, bei ihren Aufstellungen unsere Angaben bestätigen. Wir lassen hier, soweit die Unternehmer Zahlen veröffentlicht haben, eine Zusammenstellung folgen:

Dem Württembergischen Innungsverband sind bis jetzt 3446 Bäckermeister angeschlossen, welche 1630 Gehilfen, 1732 Lehrlinge und 57 Konditoren beschäftigen. 658 Meister beschäftigen nur Lehrlinge und 1534 Meister arbeiten ohne Hilfskräfte.

Die Mitgliederzahl im Zweigverband Mecklenburg betrug 927. Beschäftigt wurden 567 Gehilfen, 473 Lehrlinge und 13 Konditoren.

Der Zweigverband Posen zählte 890 Mitglieder, die 666 Gehilfen, 860 Lehrlinge und 10 Konditoren beschäftigen.

Im Zweigverband Sachsen sind 9438 Bäckermeister vereinigt. Diese beschäftigen 6824 Gehilfen und 1843 Lehrlinge. Im Jahre 1912 hatten 1709 Lehrlinge ausgedient und 1840 wurden in die Lehre genommen.

Aus gewerkschaftlichen Organisationen.

Ein christlicher Bäckerverbandssekretär. Eine Konferenz gläubiger Bäcker fand am 11. und 12. Mai in Lüdingen statt. Es wurde auf der Konferenz viel gebetet und auch die Anstellung eines Sekretärs für Württemberg, Baden, Bayern und die Schweiz beschlossen. Die Wahl fiel auf den Bäckermeister Lieb, Stuttgart, Hauptstätterstraße 90. Laut Bericht in der Bäckermeisterzeitung erklärte sich Herr Lieb bewegten Herzens bereit, den Posten anzunehmen und seinen Verzug aufzugeben, um dem Ruf für die Arbeit der christlichen Sache zu folgen. Darauf reichte Herr Generalsekretär Elsäßer Herrn Lieb die Hand, und die Konferenz sang heidend das Lied: „So nimm denn meine Hände und führe mich.“

Auf diese Forderung sind wir gespannt. Für die Bäderegehilfen kann dabei sicher nichts Gutes herauskommen. Das dürfte nach der hiesigen Tätigkeit des Herrn Lieb auch gar nicht beabsichtigt sein. Es handelt sich lediglich um die geistige Verblödung der Gehilfenschaft. Herr Lieb hat einmal auf einer gläubigen Bäderekonferenz den Bäderegehilfen geraten, durch Gebet über die irdische Lage zu beruhigen und zwar soll Inwend gebetet werden. Man könne dies Geschäft am ungehörtesten im Abort besorgen. Vor zwei Jahren auf dem Innungstag in Stuttgart hob Herr Lieb seine Tätigkeit bezüglich der christlichen Erziehung der Bäderegehilfen hervor und gab folgendes Schreiben seiner Bäderektion als Befehl für seine Erziehungstaleute bekannt:

Stuttgart, den 26. April 1911.

An den hochwichtigen Gesamtvorstand des Innungsausschusses Stuttgart!

Als handwerkstreue Gehilfen fühlen wir uns gedrungen, auch ein Wort mitzureden gegen die Forderungen des roten Verbandes. Mit Entsetzen haben wir in letzter Zeit verfolgt, mit was für einer Treue und Verlogenheit die Leitung des roten Verbandes zu unserm Handwerk Stellung nimmt. Als Ehrlichen und handwerkstreue Gehilfen weisen wir diese Unwahrheit entschieden zurück und fordern die gesamte Meisterschaft Stuttgarts auf, in keiner Weise, auch nicht im mindesten mit diesem Verband irgend etwas zu unterhandeln, da er zum größten Teil nur Konsumbäcker als Mitglieder hat, die jederzeit darauf bedacht sind, unser ehrliches Handwerk

in Sumpf und Schande herabzuziehen und zu unterdrücken. Ihr ganzes Bestreben geht dahin, es uns Großkapital hineinzubringen. Jeder Arbeiter von uns hat sein Handwerk erlernt, um es später als Meister ausüben zu können, daher werden wir uns jederzeit treu zu unserm Handwerk stellen und die Fahne hochhalten und mit aller Energie gegen diese Handwerksunterdrücker kämpfen.

Die Leitung der Bäderektion war jederzeit bemüht, den Wünschen der Gehilfen gerecht zu werden, und sprechen hiermit unser vollstes Vertrauen aus. Wir erwarten daher auch weiterhin, daß Sie uns dieses Vertrauen bewahren, und wenn etwaige Wünsche vorhanden sind, nur mit den handwerkstreuen Gehilfen zu unterhandeln.

Mit aller Hochachtung

gez.: Die Bäderektion des Christlichen Vereins junger Männer. Der Vorstand: W. Wolfangel.

Auf diese traurige Leistung eines Arbeitervereins war damals der Bäckermeister und jetzige Verbandssekretär Lieb außerordentlich stolz. Ebenso stolz ist er auf ein Flugblatt, das die hiesige Bäderektion drucken ließ und jedem frischausgelernten Bäderegehilfen in sein Germanienbuch einsteckt. Dieses Flugblatt, das alles andere an Gemeinheit übertrifft, ist unterzeichnet von dem Christlichen Verein junger Männer (Bäderektion) und dem dem Bäderegehilfenverein Stuttgart (Selber Verein, Lokal Hauptstätterstraße 108). In diesem Pamphlet heißt es unter anderem:

Bester Kollege! Für einen tüchtigen Bäderegehilfen ist es ein Unbilden, dem sozialdemokratischen Verband anzugehören, der darauf ausgeht, uns allen die Aussicht auf spätere Selbstständigkeit zu rauben. Der kolossale Beitrag von jährlich M 26 und mehr für jedes Mitglied fließt zum großen Teil in die Taschen von Leuten, die nicht mehr auf ihrem Handwerk arbeiten wollen und es für einträglicher ansehen, wenn sie sich von ihren Kollegen verhalten lassen.

(Was sagt die Aufsichtsbehörde dazu, daß ein solches Flugblatt in die Arbeitsbücher eingeklebt wird? D. B.)

Ob nach der Anstellung von Lieb in Zukunft auch noch dieser Bassus ins Flugblatt aufgenommen wird, ist sehr zweifelhaft. Auf alle Fälle wird aus obigem zur Genüge hervorgehen, mit was für einer Gesellschaft man es in der Horde des Herrn Lieb zu tun hat, und es kann einem nur leid sein um die jungen Bäderegehilfen, die diesem scheinheiligen Augenverderber und Judas Ischariots in die Hände fallen.

Internationales.

Dem Andenken Franz Silberers.

Am 6. Juni jährte sich zum erstmaligen Tag, an dem die Wiener Arbeiterschaft Franz Silberer zu Grabe getragen hat. Die Wiener Bäckereiarbeiter wollten diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne Franz Silberers in liebevoller Weise zu gedenken. Sie veranstalteten bei seinem Grabe eine Gedenkfeier, die in ihrer schlichten Weise neuerdings offenbarte, wie teuer ihnen Franz Silberer war. In einem langen Zuge, in dem auch viele Frauen zu sehen waren, ging es zum Grabe des toten Freundes. Voran wurden zwei Kränze getragen. Der eine stammte vom Verband der Bäckereiarbeiter Oesterreichs und trug die Aufschrift: „Dem unvergesslichen Kampfgenossen — Die Bäckereiarbeiter Oesterreichs“; der andere kam von den Landsträßer Parteigenossen und trug die Widmung: „Ihrem verunglückten Abgeordneten — Die sozialdemokratische Partei des Bezirkes Landstraße“. Für die Parteivertretung nahm Genosse Dr. Friedrich Adler an der Gedenkfeier teil für die Fraktion Abgeordneter Müller, für die Landesparteivertretung Genosse Hummel und für die tschechischen Sozialdemokraten Genosse Vaneek. Am Grabe sang zuerst die Gesangssektion der Bäckereiarbeiter unter Schoofs Leitung den Chor „Saat und Ernte“ von Himl. Dann trat Zipper vor und gedachte in ergreifenden Worten des toten Toten. So groß der Schmerz für die Bäckereiarbeiter und die Wiener Arbeiterschaft im allgemeinen um Franz Silberer war, so groß war die Erleichterung an dem Tage, da sein Leichnam auf den Bergen aufgefunden wurde. Konnten damit doch auch jetzt jene Leichenschänder überwiesen werden, die es nicht verschmäht hatten, aus politischem Haß das Andenken dieses Braven zu besudeln. Die Wiener Bäckereiarbeiter werden Franz Silberer, der ihnen seine beste Kraft gewidmet hat, nie vergessen. In ihrem Herzen wird er fortleben und sie werden sein Andenken dadurch zu ehren suchen, daß sie sich mit ihrem ganzen Sein in den Dienst jener Sache stellen, die auch ihn die größte Zeit seines Lebens erfüllt hat: in den Dienst der völkerbefreienden Sozialdemokratie.

Dann widmete noch Abgeordneter Genosse Müller dem toten Freunde Worte herzlicher Erinnerung und die Sänger stimmten zum Schluß der Feier das Lied der Arbeit an.

Erfolgreicher Streik in Salzburg.

Nach einem einwöchigen Streik ist es den Bäckern gelungen, mit den Unternehmern einen korporativen Arbeitsvertrag abzuschließen. Es wurde erreicht die zehnstündige tägliche Arbeitszeit bei sechs Schichten wöchentlich. Die Lohnerhöhung beträgt pro Woche drei Kronen. Die Arbeitsvermittlung erfolgt nunmehr gemeinsam, zur Ueberwachung wird eine von beiden Kontrahenten eingesetzte Kommission fungieren. Der Vertrag gilt vier Jahre und erstreckt sich auf 36 Betriebe mit 145 Arbeitern. Die bedeutenden Erfolge konnten nur durch die guten Organisationsverhältnisse der Kollegen erreicht werden und die Unternehmer mußten einsehen, daß sie ihren Scharfmacherstandpunkt nicht durchsetzen konnten.

Der Lohn beträgt nunmehr für den letzten Gehilfen 25 Kronen. Ueberstunden werden mit 60 Heller entlohnt, desgleichen erfolgt die Freigabe des 1. Mai an einem Sonntag.

Die Erfolge der Schweizer Organisation im Jahre 1912. Der Verband der Lebens- und Genusmittelarbeiter der Schweiz kann auf bedeutende

Aus Unternehmerkreisen.

Bäcker.

Belohnung für langjährige Beschäftigung. Der Innungsverband der Bäckermeister in Mecklenburg ist auf eine dringliche Idee verfallen, um die Gehilfen an die Scholle des Meisters zu fesseln. Auf dem vorjährigen Verbandstag des Zweigverbandes wurde beschlossen: Gehilfen, welche zehn Jahre in ein und derselben Bäckerei beschäftigt sind, erhalten eine Briestafel mit Widmung und M 10 Gehalt, nach 15 Jahren M 15, nach 20 Jahren M 20 usw. Der Geldbetrag soll von den Innungen noch erhöht werden. In Schwerin wurde auch an drei Gehilfen des Oberingebereichs ausgezahlt. Das sind herzlich wenige der Tausenden, und es zeugt nicht davon, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen so zufriedenstellend sind, wie sie die Unternehmer gern hinstellen. Das Verdienst wird aber nicht zu einer Bereicherung der Jubilare beitragen. Das Geschenk bedeutet noch weniger als Beihilfe. Das Jahr ein Werkstück für die treuen Dienste dem auszunehmenden Arbeiter! Da handeln schon die Mecklenburger Kollegen weit besser, wenn sie der Organisation beistehen. Die Lohnhöhungen werden dann ganz anders ausfallen als das unternehmerische. Die Kollegen gewinnen durch die gewerkschaftliche Betätigung viel mehr, als ihnen die Unternehmer als Geschenk jemals anzubieten können.

Der Verbandstag der Brotfabrikanten in Frankfurt a. M. wurde in wenigen Stunden erledigt und ist für die Öffentlichkeit so interesselos verlaufen, wie wir in unserem Vorbericht voraussetzten. Was einigermaßen für uns in Betracht kommt, das ist die Stelle im Vorstandsbureau über: „Die Lohnbewegungen“. Sie lautet: „Am Frühjahr 1913 fanden in einer ganzen Anzahl der Deutschen Lohnbewegungen statt. Die für den Verband meist interessierenden waren in Düsseldorf und Köln. In beiden Städten nahm der Lohnkampf ungewöhnlich scharfe Formen an, was darauf zurückzuführen ist, daß sowohl der christliche als auch der Hamburger Verband zu gleicher Zeit und gemeinschaftlich in die Lohnbewegung eintraten. In Köln traten die Gehilfen am 9. März in den fünf größten Brotfabriken fast sämtlich in Streik

Erfolge bei den Lohnkämpfen im Jahre 1913 zurückblieben. Die Organisationsverhältnisse lagen besonders bei den Bäckern vor Jahren noch sehr niedriger. Die...

Im Vorjahre gelang es den Kollegen in Genf den abgelaufenen Kollektivvertrag mit bedeutenden Verbesserungen nach einem kurzen Streik zu erneuern. In einigen Orten und Betrieben wurden erfolgreiche Vorstöße gegen den Kost- und Logiszwang beim Unternehmer gemacht.

Von den Erfolgen sämtlicher im Verbands vereinigten Branchen haben die Bäcker die größten Errungenschaften aufzuweisen. An Arbeitszeitverkürzung wurden pro Person und Woche 8,8 Stunden oder insgesamt im Jahre 109044 Stunden für 236 Personen erreicht. Die durchschnittliche Lohnerhöhung pro Person und Woche betrug Fr. 6.23 oder insgesamt jährlich Fr. 67829. Nicht so günstig schnitten die Schokoladenarbeiter ab. Diese erreichten eine durchschnittliche wöchentliche Lohnerhöhung von Fr. 1.50 oder jährlich Fr. 2340.

Dieses Jahr wird die Erfolge des Vorjahres weit überholen. Die schönen Teilerfolge in St. Gallen und Basel, welche im Kampfe gegen den Kost- und Logiszwang erreicht wurden, sowie die bedeutenden Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kessalbäcker in Basel bürgen dafür, daß die Bäckergehilfen den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation begriffen haben. Für das Schweizer Unternehmertum sind nun auch die Zeiten vorüber, wo sie die Gehilfen nur als geduldige Ausbeutungsobjekte betrachten und behandeln konnten. Wir freuen uns der Tatsachen und wünschen den Kollegen in der Schweiz daß es ihnen gelingen möge, noch größere Erfolge zu erreichen.

Die Bäckermeister Englands gegen die Nachtarbeit. Der Kampf um die Beseitigung der Nachtarbeit in England bildet bereits seit 60 Jahren eine vielumstrittene Frage. 1848 wurde eine diesbezügliche Gesetzesvorlage im Parlament eingebracht. Sie wurde jedoch verworfen und zwar hauptsächlich durch den Freihändler Cobden, der als echter Manchestermann das Prinzip vollkommener Freiheit in der Industrie verfocht. Seitdem wurde wiederholt in England der Gesetzgeber zu bestimmen versucht, die Nachtarbeit gesetzlich in den Bäckereien abzuschaffen. Nebenher hundertet auch die Genossen bei den wirtschaftlichen Kämpfen die Beseitigung der Nachtarbeit. In einigen kleineren Orten wurde auch die Tagarbeit eingeführt, vollständig fehlgeschlagen sind aber die Versuche in den Großstädten. So besteht in London und Manchester die Nachtarbeit noch allgemein. Nun beschloß sich kürzlich das Unternehmertum "Bakers' Record" in einem Artikel mit dieser Frage. Dort wird die Ansicht vertreten, daß die Arbeiter und Unternehmer allein nicht imstande sind, die Nachtarbeit abzuschaffen, denn: "Solange das Publikum am Morgen frisches Gebäck braucht, besteht die Nachtarbeit eine gebieterische Notwendigkeit, aber sie könnte bis zu einem gewissen Grade wohl eingeschränkt werden durch Anwendung besserer und schnellerer Methoden im Backprozeß." Es kann daher ein gesetzliches Verbot nur mit Unterstützung der Brotkonsumenten erfolgen.

Die englischen Unternehmer stehen voll und ganz auf Seiten der Arbeiter und hierüber heißt es:

Die Männer, welche gezwungen sind zu arbeiten, wenn andere schlafen und wenn auch sie der Ruhe pflegen sollten, haben die volle Sympathie ihrer Arbeitgeber, denn sie sind aber mächtlich, das System, welches die Nachtarbeit notwendig macht zu beseitigen. Aber sie teilen keineswegs die Anstrengungen der Gehilfen, die darauf abzielen, das Los der Bäckerarbeiter zu verbessern, indem sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Härten des Berufes lenken.

Das Unternehmertum macht nun folgenden Vorschlag:

Aber wenn Männer gezwungen sind, Nachtarbeit zu leisten — und wie es scheint, ist vorläufig keine Aussicht auf ihre Beseitigung —, so ist es vorläufig gescheitert, wenn die Betroffenen eine höhere Bezahlung verlangen, als sie jetzt erhalten, und eine Agitation, welche darauf abzielt, hat sicherlich mehr Aussicht auf Erfolg als die auf Beseitigung der Nachtarbeit gerichtete. Es wird niemand in Abrede stellen, daß die Nachtarbeit bei weitem mehr wert ist als die Arbeit am Tage, und wenn die Brotverkäufer das frische Brot haben müssen, wenn sie am frühen Morgen ihren Laden öffnen, weil die Kundschaft es verlangt, so ist kein Grund vorhanden, warum für diese Vorteile dann nicht ein etwas höherer Preis gezahlt werden sollte.

Gegen diesen Standpunkt ist eingewandt worden, daß schließlich die Händler zum überreifen Mänteln, eigene Bäckereien zu gründen. Nun wenn das geschähe, so müßten auch diese Nachtarbeiten verrichten lassen, und auch diese Männer würden nicht ohne eine höhere Bezahlung dazu bereit sein. Wir glauben nicht, daß die Gehilfen einen genügend gut organisierten und Löhne durchzusetzen, welche die Schädigungen der Nachtarbeit vollkommen auszugleichen, aber das muß die Entscheidung sein, die sie treffen. Es gibt viele Betriebe, in welchen Nachtarbeit gemacht werden muß, der Bäckerberuf ist einer derselben. Der Verzicht auf Ruhe, Beseitigung und die Gehilfen auf Erholung ist notwendig, in der einen oder der anderen Form und mindestens durch einen höheren Lohn eingemessen aufzuwiegen vermag. Die nächtliche Arbeit altert den

Bäcker vor der Zeit, und er hat deswegen ein Anrecht auf eine Gegenleistung, die er heute nicht bekommt.

Bei den Bäckermeistern in Deutschland muß man noch recht lange warten, bis sie sich auch nur annähernd zu der Ansicht ihrer englischen Kollegen aufschwingen können.

Der dänische Verbandstag.

Unsere dänische Bruderorganisation hielt vom 9. bis 12. Juni in Kopenhagen ihren neunten Verbandstag ab. Zu diesem waren 47 Delegierte und 11 Hauptvorstandsmitglieder erschienen. Als Gäste waren zugegen: der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Carl Madsen, und fünf Delegierte des Auslandes, nämlich A. Sjöstedt und D. Lagergreen aus Schweden, A. Bay und A. Selon aus Norwegen und M. Langhann aus Deutschland.

Geschäftsleiter Z. Friis bot den Gästen ein Willkommen, worauf diese Grüße ihrer Heimatsländer überbrachten und dem Verbandstage Glück zu seiner Arbeit wünschten. M. Langhann gedachte hierbei der politischen Erfolge, welche die dänische Arbeiterschaft bei den letzten Wahlen errungen hätte, indem sie 32 Sozialdemokraten ins Parlament entsandte, und wünschte ihnen Glück hierzu. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Nachdem der Verbandstag sich konstituiert hatte, gab Z. Friis den Bericht. Es waren zwei Sachen, welche den Kongreß besonders beschäftigen mußten, nämlich eine Unterschlagung in Kopenhagen und der wilde Streik in Aarhus. Es waren aus Unregelmäßigkeiten in den Abrechnungen aufgefallen, worauf wir diese von einem Staatsrevisor untersuchen ließen, welcher zu dem Resultat kam, daß Unterschlagungen von über Kr. 5000 gemacht waren, und zwar von den Vertrauensleuten W. Rasmussen, J. Bystrup und P. O. Petersen. Die Sache kam vor den Untersuchungsrichter, welcher erklärte, daß die Leute straffrei bleiben könnten, wenn von der Organisation kein Strafantrag gestellt würde. Während der Hauptvorstand der Meinung war, daß die Ausstoßung aus dem Verbands Strafe genug wäre und deshalb auf Strafantrag verzichtete, verlangte die Kopenhagener Mitgliedschaft deren Bestrafung. Der Untersuchungsrichter erklärte hierauf, daß er den Beschluß des Kongresses abwarten würde. Die Mitgliedschaft Aarhus hatte sich von zwei Sonderbündlern in einen wilden Streik hineinziehen lassen, und es hatte der Organisation große Anstrengungen gekostet, den Streik wieder beizulegen. Der Streik hat große Wunden geschlagen und außerdem mußte der Verband eine Geldstrafe bezahlen. Im vorigen Jahre wäre es beinahe in Kopenhagen zum Kampfe gekommen, jedoch kam in letzter Stunde mit den Unternehmern ein Kollektivvertrag zustande. In den Provinzen fanden viele Verhandlungen statt und haben 1436 Mitglieder in Lohnbewegungen gestanden. In den meisten Orten wurden recht gute Fortschritte erreicht; außer dem Achtstundentag wurden in einigen Betrieben Sommerferien errungen. Dieses Ziel mußte ganz und gar erreicht werden. Zum Schluß besprach Friis das neue Gesetz für Bäckereien, welches den Lehrlingen viel Gutes gebracht habe. Diese haben jetzt eine festgesetzte Arbeitszeit und den wöchentlichen Ruhetag.

Nach der Diskussion über die Unterschlagung beschloß der Kongreß mit 33 gegen 14 Stimmen, daß kein Strafantrag gestellt werden soll.

Der zweite Tag war angefüllt mit der Diskussion über den Bericht. Von mehreren Rednern wurde betont, daß die Gewerkspektoren nicht ihren Aufgaben nachzukommen, so daß in vielen Betrieben im Lande die Bäckergesetze nicht beachtet würden. Nach der Diskussion wurde der Bericht gutgeheißen und eine Resolution angenommen, wonach der Hauptvorstand mit der Mitgliedschaft Aarhus zwecks Bezahlung der Unkosten in Verhandlung treten soll.

Am dritten Tage gab der provisorische Hauptkassierer Ewert Sivertsen die Abrechnung und betonte hierbei, daß das Vermögen des Streikfonds und in der Hauptkasse sich bedeutend vermehrt habe. Nach kurzer Diskussion wurde die Abrechnung gutgeheißen. Hierauf wurden die Anträge zu den Statutenänderungen besprochen. Diese wurden einer Kommission von neun Kollegen überwiesen; gleichzeitig wurde eine Kommission von drei Kollegen gewählt, welche neue Regeln für die zukünftigen Abrechnungen formulieren soll.

Z. Friis gab nun Bericht über den internationalen Kongreß, bei welchem der dänische Verband vertreten war. An der Diskussion nahmen teil: Bay (Norwegen), Langhann (Deutschland) und Sjöstedt (Schweden). Angenommen wurde die obligatorische Vereinbarung, welche Dänemark, Schweden und Norwegen bei Streiks und Lock-outs ausgearbeitet haben; ferner beschloß der Kongreß, daß der künftige Hauptvorstand versuchen soll, die internationalen Verbindungen weiter auszubauen. Bei den Statutenänderungen wurde den Anträgen der Kommission stattgegeben. Der Antrag auf Errichtung einer Pensions- und Begräbniskasse wurde von sämtlichen Rednern scharf bekämpft. Die Anträge der Kommission betreffs Änderung der Abrechnungsregeln wurden einstimmig beschlossen.

Beschlossen wurde noch: In den Streikfonds hat jedes Mitglied jährlich einen Extrabeitrag von Kr. 7 (bisher Kr. 3) zu entrichten.

Bei den Wahlen wurde J. P. Nielsen zum Hauptkassierer gewählt; zum Geschäftsführer wurde Z. Friis per Akklamation und Hurraruf wiedergewählt.

Dann wurde beschlossen, den nächsten Kongreß im Jahre 1917 in Kopenhagen abzuhalten.

Sozialpolitisches.

Ueber die Reform der Volksversicherung durch die "Vollfürsorge"

ist noch die weitere Aufklärung zu geben:

Die Versicherungsbedingungen der "Vollfürsorge" unterscheiden sich von denen der alten Gesellschaften in allen wesentlichen Punkten; vor allem in den Bestimmungen über die Umwandlung und den Rücklauf von Versicherungen.

Umwandlung von Versicherungen.

Bei einem bei zehn namhaften Versicherungsgeellschaften, die die Volksversicherung betrieben, erfolgten Gesamttagungen von 500 226 im Jahre 1911 erfolgten Volksversicherungen sind 304 090 = 50,66 pSt der Gesamtzahl ohne jede Vergütung verfallen. Ueber 300 000 Personen hätten die von ihnen bezahlten Eintrittsgelder von Kr. 1,50 bis Kr. 2 pro Versicherung und ihre an die Versicherungsgeellschaften entrichteten Prämien ein.

Nach den Versicherungsbedingungen der bestehenden Gesellschaften verfallen alle Versicherungen, wenn die Versicherten länger als vorgezeichnet mit ihren Zahlungen im Rückstande bleiben. In den ersten drei Jahren wird ihnen bei den meisten Gesellschaften keine Vergütung für die eingezahlten Prämien gezahlt; erst nach drei Jahren können die Versicherten laut Gesetz verlangen, daß ihre Versicherung in eine prämiensfreie umgewandelt wird. Die Umwandlung erfolgt in der Regel so, daß die Versicherungssumme im Verhältnis der eingezahlten Prämien zu der Gesamtsumme der für die ganze Versicherungsdauer zu leistenden Prämien herabgesetzt wird.

Die Versicherungsgeellschaften behaupteten, auch die "Vollfürsorge" werde so verfahren müssen. Die "Vollfürsorge" hätte nun das schwierigere Problem, den Verfall von Versicherungen nach Möglichkeit zu verhüten, ebenfalls nicht gut lösen können, wenn sie, wie die alten Gesellschaften, lediglich Kapitalversicherungen eingeführt hätte. Die "Vollfürsorge" hat aber neben dieser auch Sparversicherung, deren Einführung die großen Gesellschaften fast ausnahmslos nicht abgelehnt haben.

Infolge Einführung der Sparversicherung ist die "Vollfürsorge" in der glücklichen Lage, schon im ersten Jahre des Bestehens einer Versicherung den Verfall fast ganz auszu schließen. In ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es:

Erfolgt die Zahlung der Prämien nicht binnen zwei Monaten vom Fälligkeitstag ab, so treten folgende Wirkungen ein:

- a) Ist auf die Versicherung noch nicht eine volle Jahresprämie gezahlt, so wird sie in eine Sparversicherung umgewandelt, wobei die eingezahlten Prämien abzüglich 20 pSt, mindestens aber von Kr. 1, dem Versicherten anzurechnen werden.
b) Hat die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden und ist die Prämie für diesen Zeitraum bezahlt, so wandelt sich die Versicherung selbst in eine prämiensfreie um.

Die Umwandlung erfolgt in der Weise, daß an die Stelle der vereinbarten Versicherungssumme der Beitrag tritt, der sich für das Alter des Versicherten ergibt, wenn die auf die Versicherung entfallende Prämienreserve als einmalige Prämie anzurechnen wird.

Beide Arten der Umwandlung sind für die Versicherten die denkbar günstigsten; im ersten Jahre der Versicherung ist für die Versicherten die Umwandlung auf Sparversicherung am vorteilhaftesten, bei schon erfolgter Einzahlung größerer Prämiensummen wirkt sie für die zweite Art günstig.

Eine irgendwelche Vergütung werden bei der "Vollfürsorge" also nur in wenigen Ausnahmefällen Versicherungen betreffen; der geringste geringe Abzug im ersten Jahre der Versicherung von 20 pSt der eingezahlten Prämien war notwendig, um nicht die Interessen der regelmäßigen Zahler zu schädigen. Die "Vollfürsorge" hat bei jeder Versicherung von paratrem Risiko zu tragen. Stirbt der Versicherte im ersten Versicherungsjahre, so werden die eingezahlten Prämien zurückerstattet, tritt der Tod infolge eines körperlichen Unfalls ein, so wird die volle Versicherungssumme gezahlt. Für jede Versicherung entfallen außerdem Verwaltungskosten, so daß der Abzug von 20 pSt der eingezahlten Prämien als ein sehr minimaler zu bezeichnen ist.

Rückführung resp. Rücklauf von Versicherungen.

Die Gegner der "Vollfürsorge" haben, abgesehen von ihren Versicherungsbedingungen nicht die geringste Kenntnis hatten, fortgesetzt die Klar verbreitet, die "Vollfürsorge" beabsichtige eine "eiserne Umklammerung der Versicherten von der Wiege bis zum Grabe". Wer sich der "Vollfürsorge" einmal angeschlossen habe, sei ihr unrettbar für seine ganze Lebenszeit verfallen.

Die Gegner sind im Irrtum. Die "Vollfürsorge" wandelt nicht die Schäden der alten Gesellschaften, in deren Versicherungsbedingungen es heißt:

Eine vorzeitige Zahlung für die Volksversicherungen oder deren Beilegung durch die Gesellschaft oder ein Rücklauf findet nicht statt."

Tagegen heißt es in den Versicherungsbedingungen der "Vollfürsorge" für die Kapitalversicherungen: "Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit zum Schluß des Versicherungsjahres kündigen. Im Fall einer Kündigung zahlt die "Vollfürsorge" unter Umständen der auf die Versicherung geschäftplanmäßig entfallenden Prämienreserve gegen Zahlung zurück."

Bei den Sparversicherungen lautet der Passus: "Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit kündigen. Im Fall einer Kündigung zahlt die "Vollfürsorge" 25 pSt, der für die Versicherung anfallenden Prämienreserve und die nicht gutgeschriebenen Prämien zurück."

Spätklausur am 28. Juni ist der 27. Wochenbeitrag für 1913 (28. Juni bis 5. Juli) fällig.

Welche Gesellschaft außer der „Vollfürsorge“ gestattet bei der Vollversicherung unter derart zulässigen Bedingungen die Kündigung von Versicherungen? Die „Vollfürsorge“ bedarf keines Zwanges; sie wird ihre Leistungen, ihre Zinsen für sich reden lassen.

Rücklaufs- und Umwandlungstabellen.

Für den Versicherten ist der normale Ablauf der Versicherung immer das günstigste. Bei einem Rücklauf oder einer Umwandlung der Versicherung in eine prämienfreie Versicherung für den Versicherten Verluste selbst dann, wenn, wie dies bei der „Vollfürsorge“ der Fall ist, in der gewöhnlichen Weise verfahren wird. Auch die „Vollfürsorge“ muß sich an die gesetzlichen Vorschriften über die Bildung der Prämienreserven für die Versicherten halten; sie kann und darf nicht die Interessen derjenigen, welche ihre Versicherung vorzeitig aufgeben. Für jede eingegangene Versicherung hat die Gesellschaft Risiko getragen, sind ihr Kosten erwachsen, wofür bei einer Umwandlung oder einem Rücklauf Abzüge gemacht werden müssen.

Was aber bisher das große Mißtrauen im Volke gegen die Versicherungsgesellschaften wachgerufen hat, war der Umstand, daß sie bis auf wenige Ausnahmen die Versicherten völlig im unklaren darüber ließen, auf welche Weise sie im Falle einer Umwandlung oder bei einem Rücklauf Anspruch hatten.

Die „Vollfürsorge“ wird auch nach dieser Richtung vortrefflich wirken.

Zu ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es deshalb ausdrücklich:

Die Höhe des Betrages für den Schluß des einzelnen Versicherungsjahres ergibt sich aus der dem Versicherungsnehmer beigelegten Tabelle.

Was dem seinem Versicherungsscheine beigelegten Tabelle kann jeder Versicherte entnehmen, auf welchen Betrag er bei einer Umwandlung oder bei einem Rücklaufe rechtzuziehenden Anspruch hat.

Wahrheit und Klarheit ist die Grundlage des Vertrauens! Für die „Vollfürsorge“ gibt es ihren Versicherten gegenüber keine „Geschäftsgeheimnisse“!

Keine besonderen Gefahrrenten.

Die Grundlage des ganzen Versicherungswerts der „Vollfürsorge“ ist die allgemeine Solidarität der Interessenten; sie hat deshalb auch nicht, wie dies von mehreren anderen Gesellschaften geschieht, für besonders gefährdete Berufsstände Ausnahmestimmungen geschaffen. Nach den Statuten der alten Gesellschaften sind für Berufsstände, in welchen die Sterblichkeitsziffern eine höhere als im allgemeinen Durchschnitt ist, Sonderrenten mit höheren Prämien respektive niedrigeren Versicherungssummen einzuwirken, oder es wird, falls der gleiche Tarif zur Anwendung gelangt, das Eintrittsalter für Angehörige dieser Berufsstände um einige Jahre herabgesetzt, wodurch ebenfalls eine Erhöhung der Prämien respektive Erhöhung der Versicherungssummen bewirkt wird, oder die Renten erhalten Anweisung, bei diesen mit einem bestimmten günstigen Tarif überhaupt nicht zu akquirieren.

Auch die „Vollfürsorge“ kann selbstverständlich nicht ältere kranke Personen, deren Ableben bald zu erwarten ist und welche von allen Gesellschaften abgelehnt werden, versichern; sie würde sonst leichtfertig handeln und mit enormen Sterblichkeitsverlusten zu rechnen haben. Die „Vollfürsorge“ macht jedoch keinen Unterschied nach der Berufsgenossenschaft, sie hat keine Ausnahmestimmungen für Bergarbeiter, Tabakarbeiter, Buchdrucker usw.; die eingeführten Tarife gelten für alle ohne Ausnahme.

Bei dem großen Interessentenkreise der „Vollfürsorge“ ist das höhere Risiko, welches sie dadurch trägt, auf der Allgemeinheit berechnet, ein äußerst minimales. Die „Vollfürsorge“ wird in allen Distrikten Deutschlands, in allen Berufsständen gleichmäßig Versicherungen abschließen und kann deshalb ohne Gefahr alle Volksgenossen gleich behandeln.

Gewähr.

Für den Erfolg der „Vollfürsorge“.

Eine Vollversicherung wird nur dann für die Versicherten von Erfolg sein, wenn große Massen des Volkes bei ihr beteiligen. Je größer die Zahl der Versicherten, desto größer die Gewähr, daß die Zahlungsverbindlichkeiten, auf welchen sie basiert, zureichten werden. Je mehr Versicherungen, desto geringer das Risiko für die Gesellschaft, desto erheblicher und mit den Jahren stetig wachsend die Gewinnanteile für die Versicherten.

Die „Vollfürsorge“ hat in dem Interessentenkreise der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Bevölkerung und ihrer Familienangehörigen eine höhere Gewähr dafür, daß sie im Laufe der Jahre Millionen von Versicherungen haben wird. Dazu kommt, daß sie bei der Berechnung nicht auf diese Kreise beschränkt ist, sondern alle, ohne Rücksicht auf ihre religiösen, politischen und wirtschaftlichen Anschauungen, für sich zu gewinnen sucht sein wird.

Vor allem wird die „Vollfürsorge“ aber allen anderen Gesellschaften gegenüber obliegen aus dem Grunde, weil die Vertrauenspersonen der Gewerkschaften und Genossenschaften für sie freudig und gern geringe Entschädigungen wirken werden. Die Ersparnisse, welche dadurch in den Werbe- und Aufschubkosten erzielt werden, können ausschließlich den Versicherten zugute kommen.

Für Kennzeichnung des großen Unterschieds hinsichtlich der Verwaltungskosten der „Vollfürsorge“ und der anderen Gesellschaften, diene folgender Vergleich:

Die „Victoria“, die größte und bestorganisierte Versicherungsgesellschaft, veranschlagte 1912 an Abschluß der Prämieinnahme im Betrage von 2.241 Millionen Mark. Diese Summe, auf 47,000 neuabgeschlossene Versicherungen verteilt, ergibt an Verwaltungskosten für eine einzige Versicherung

Für die Entgegennahme und Vermittlung eines Versicherungsantrages wird dagegen die „Vollfürsorge“ ihren Verwaltungskosten nur 30 Pf. zahlen. Diese 30 Pf. werden aus der Beitragsgebühr von 1 Mark, nicht aus der Prämieinnahme beglichen. 10 Pf. werden für die örtliche Verwaltung gerechnet; 20 Pf. gehen an die Zentrale für Police, Drucksachen usw.

An Inkassoprovisionen veranschlagte die „Victoria“ 1912 bei ihrer Vollversicherung 4.958.198 Pf. gleich 13,14 Prozent der Prämieinnahme.

Bei der „Vollfürsorge“ erhalten die Vertrauensleute für die Entgegennahme der festen Monatsbeiträge 6 Prozent; die örtliche Rechnungstelle bekommt 3 Prozent. Bei der Spar- und Risikoversicherung werden für die Vertrauensleute 3 Prozent, für die örtliche Rechnungstelle 1 Prozent der Prämieinnahme berechnet.

Der Prämieinnahme werden bei der „Vollfürsorge“ also nur 3 Prozent respektive 4 Prozent für Inkasso und örtliche Verwaltung entnommen.

Infolge ihrer großen Zahl von Versicherungen hat die „Victoria“ verhältnismäßig die niedrigsten Verwaltungskosten von allen alten Gesellschaften; ein Vergleich mit anderen Gesellschaften würde den Unterschied zugunsten der „Vollfürsorge“ noch mehr hervorheben lassen.

Welche enorme Summen durch die geringeren Verwaltungskosten für die Versicherten erspart werden, kann sich nach vorstehendem jeder selbst berechnen. 4 Prozent geringere Inkassoprovision bedeuten bei der Prämieinnahme der „Victoria“ schon das nette Summen von circa drei Millionen Mark.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Selbsthilfe!

Auf dieser Grundlage beruht die „Vollfürsorge“! Wie aber Gewerkschaften und Genossenschaften sich in ständiger Aufwärtsentwicklung befinden, wo sie ihre inneren Einrichtungen ständig weiter zum Nutzen ihrer Mitglieder ausgebaut haben, so wird es auch bei der „Vollfürsorge“ sein! Die „Vollfürsorge“ beginnt ihr Reformwerk! Der weitere Ausbau desselben hängt von der Unterstützung der Volksgenossen ab! Die „Vollfürsorge“ braucht nicht nur Versicherte, sie braucht auch Mitarbeiter! Eine wahre Fürsorge für das Volk in den Notlagen des Lebens kann nur vom Volke selbst getragen werden! Die „Vollfürsorge“ verfolgt keine Sonderzwecke! Sie wendet sich an alle Volksgenossen und fordert sie auf, mitzuwirken, mitzubekommen, um die Grundpfeiler zu festigen zu dem Bau der Fürsorge für die Zukunft der Kinder des Volkes!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der belgische Gewerkschaftskongress. Der belgische Gewerkschaftskongress, der am 11. und 13. Juni im Stuyfseker Volkshaus tagte, hat sich fast ausschließlich mit organisatorischen und inneren Fragen beschäftigt, die nur geringes allgemeines Interesse bieten. Der erste Verhandlungstag wurde ganz der Vorbereitung des Jahresberichts der Gewerkschaftskommission gewidmet, wobei eine ganze Anzahl von Delegierten an der Geschäftsführung des ersten Sekretärs Kritik übten, dessen Tätigkeit als ungenügend bezeichnet und dem ausgedehnten Nichtausführung verschiedener Beschlüsse vorgeworfen wurde. Die meisten Redner sprachen die Ansicht aus, daß das Selbsttum und die innere Festigung der belgischen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren eine gründliche Reorganisation der Bureaukratie in der Generalkommission erforderlich mache, wobei besonders die Personalfrage zu berücksichtigen sei. Die Debatte, die sich in ruhigen und sachlichen Tönen bewegte, führte schließlich eine Erklärung des Exekutivkomitees der Generalkommission herbei, wodurch dieses sich bereit erklärte, den auf dem Kongress zugabe getretenen Wünschen entsprechend, innerhalb dreier Monate eine Lösung für die Personalfrage zu finden, damit die als berechtigt anzuerkennende Kritik an der Tätigkeit eines Funktionärs sich nicht mehr zu wiederholen brauche. Hierauf wurde der Tätigkeitsbericht des ersten Sekretärs mit 34 gegen 13 Stimmen bei etwa 170 Stimmenthaltnungen angenommen und dem zweiten Sekretär wurde einstimmig Bewerbe erteilt. Die Wahl der Sekretäre wurde in Anbetracht der Erklärung der Exekutive verabschiedet.

In dem zweiten Verhandlungstag beschloß der Kongress einstimmig die von der Generalkommission vorgeschlagene Aufhebung der Rückversicherungskasse für Streiks und Aussperrungen. Bei der Begründung dieses Antrages führte der Referent Merens aus, die Streikrückversicherung durch die Generalkommission sei durch Fortschritte der Zentralisation überflüssig geworden, die es den meisten Zentralverbänden ermöglichen, ihre Kassen mit eigenen Mitteln zu führen. Bei besonders ausgedehnten Lohnkämpfen aber, wie sie jetzt immer häufiger durch die Unternehmerorganisation heraufbeschworen werden, biete auch die Rückversicherungskasse nur eine illusorische Deckung. Der Kongress beschloß, den jetzigen Massenbestand — etwa Fr. 4000 — den angeschlossenen Organisationen nach der Rate der von ihnen gezahlten Beiträge zurückzuerstatten und die etwa Fr. 400 betragenden Zinsen dem belgischen Arbeiterbildungsanstalt zu schenken.

Eine prinzipielle Debatte über die Organisation des gewerblichen Unterrichtswesens im Zusammenhang mit dem Lehrlingswesen führte die Diskussion über den Bericht der Kommission herbei, die vom vorigen Kongress zum Studium dieser Frage eingesetzt worden war. Der Kongress machte sich die Thesen der Kommission zu eigen, die in der Forderung einer direkten Kontrolle der Gewerkschaften über den gewerblichen Unterricht in all seinen Formen gipfelten.

Bei der Wiederwahl des Exekutivbureaus der Gewerkschaftskommission wurden von den vier ausstretenden vorangehenden zu wählenden Mitgliedern nur zwei wiedergewählt. Unter den Neugewählten ist ein sogenannter

revolutionärer Syndikalist. Seine Wahl bedeutet jedoch keineswegs ein Erfolg des Syndikalismus, der im Gegenteil eher an Bedeutung verliert. Die Mehrheit des Kongresses wünschte jedoch, auch die Opposition in der Exekutive vertreten zu sehen und zugleich eine Vertiefung der leitenden Kreise herbeizuführen. Auf dem Kongress waren 180 Delegierte anwesend.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstag. Seit fünf Tagen debattiert nun der Reichstag über das Thema die neue Wehrvorlage. Die Regierung, vertreten durch den Kriegsminister v. Heeringen und den Reichsminister, hatten sich in der Debatte und treten nur dann in die Arena, wenn ihnen die Gefe von der linken Seite recht schmerzhaft empfindbar werden. Die Sozialdemokraten stellen einen Antrag, der die einjährige Militärdienstzeit allgemein einführen will, oder, wenn dies nicht beschluß werden sollte, das Privileg der Einjährigen ganz beizugehen sollte.

Staf Braßma (Z) erklärte, seine Partei lehne diese Anträge ab. Die technischen Erzeugnisse und Einrichtungen seien derart, daß der Mann vollaus zwei Jahre zu tun habe, um sie kennen zu lernen. Eine Armee mit einjähriger Dienstzeit wäre eine Friedensarmee, weil sie für den Krieg nichts mehr taue.

Der Abgeordnete Krehel (H.) behauptete, daß die Söhne unserer Bayern alle gerne zwei, drei und vier Jahre dienen. Bei einjähriger Dienstzeit hätte man kein brauchbares Heer und müßte die Rekruteneinstellung zweimal vornehmen.

Kriegsminister v. Heeringen: Die Sozialdemokraten wollen die Herabsetzung der Dienstzeit aus politischen Gründen, damit die Schlagerfertigkeit und Jünglingskraft des Heeres abnimmt. Wir erfüllen am besten unsere Pflicht, wenn wir unsere Armee jetzt in der Armee zu Kaiser und Reich erziehen und sie nicht der Sozialdemokratie anliefern. Die Paraden sind wahre Volksfeste (Große Heiterkeit). Sie erhalten die Freude an unserer Heere. Das ist Jöhner (zu den Sozialdemokraten) unangenehm. Das Heer ist der Grundpfeiler des Staates — zittern Sie ja nicht daran. Die Jahrgänge des Einjährigen sind gebildete Leute, und da müssen Sie doch einen Unterschied erkennen und zulassen. Lassen Sie alle Anträge ab, es wäre sonst der Ruin des Heeres.

Schulz (Z): Der Herr Kriegsminister hängt am Althergebrachten und ist gegen jede Änderung. Er macht ganz gute Dinge über die Parade, er sollte aber mehr dem bürgerlichen Leben Rechnung tragen. Um Politik hat sich der Herr Kriegsminister gar nicht zu kümmern — ganz dessen treibt er eine politische Ausnahme-politik, bekämpft die Sozialdemokraten, behandelt sie als minderwertig, verletzt die Gesetze, mißachtet die Verfassung und schlägt dem Recht und der Gerechtigkeit ins Gesicht. Ihre Substantivität kann uns in anderer Kritik nicht behörden. Der Herr Reichsminister ist jetzt genervt Generalleutnant. Ist jetzt auf einmal sein militärisches Verständnis besser geworden? Ich meine, der Herr Reichsminister betrachtet nur jene als jahnährig, welche ihm zustimmen. Beweist: Herr Erzberger war ein Soldat, dagegen war Herr Häcker Oberst. Die Ausführungen des einen sind dem Herrn Kriegsminister in der zureichend erscheinend — die anderen das Gegenteil. Warum: Weil E. sekundiert und kritisiert. Alle Jahre kommt eine neue Forderung. Warum verlangen Sie Disziplin, und diese wird bei Ihrer Methode zum Kadavergeharnam. So wie beim Soldaten, möchten Sie es auch beim Zivil einführen. Der Hauptmann herrscht, der Unteroffizier gehorcht: „Hohohl, Herr Hauptmann!“ Die Disziplin adieren auch wir, wir beurteilen aber den Drill; dieser verbitert den Soldaten das Leben. Die heutige Heeresorganisation entspricht keineswegs dem deutschen Sabrecht, dem Volksempfinden, der demokratischen Tendenz, und daher kommt die Gegenströmung im Volke. Wir sind nicht Feinde der Soldaten, sondern des Systems. Man sagt im Volke heute schon zu den Rekruten: „Laßt alles Denken bleiben!“ Die Soldaten sind heruntergewürdigt zu Automaten, zur Maschine, zum willenlosen Werkzeug. Laßt nicht jeder eine Angehörige über der Kinder, wenn die Kriegsdienstleistungen werden? Wird nicht in den ersten Tagen alles Denken, ja die Achtung vor sich selbst, in Furcht erstickt? Diese Maßregeln einschuldig und verteidigt man mit der Kriegsmachtigkeit. Auf der anderen Seite sehen wir Klassenverhältnisse der verschiedensten Art. Wir sagen weiter: Ist die Kon in der Kaserne so gut, wie uns mitgeteilt wird, so können sie auch die Einjährigen genießen. Der Redner tritt darauf noch die Verwendung der Soldaten als Buzer, Dienstmädchen, Treiber bei Fanden usw. Zu einem Sturm im Stimm kam es, als der Redner den Kadaveris führte, daß die „Jugenddeutschland“ Bewegung die Kinder wohl militärisch, nicht aber im Sinne einer anderen Pädagogik erziehe. Wenn man solchen Jünger den Krieg als das höchste Ideal hinstellt, so verrotten sie, und eine solche Bewegung kommt dann in ihrem Werte nicht über die Schulldliteratur hinaus. Zu noch größerer Erregung kam es, als von sozialdemokratischer Seite dem Kriegsminister seine Worte aus der Exekutivkommission in Erinnerung gerufen wurden: „Wenn Sie mir die Garde nehmen, so ist die Wehrvorlage für mich unannehmbar.“ Daran knüpfte der Redner die Schlussfolgerung, daß gar keine Gewähr für Deutschland bestehe, sonst könnte der Herr Kriegsminister nicht so lebhaft auf die bessere Uniform, den bedruckten Helm usw. legen, sondern es wären ihm die Paraden, der Feind, das böhsche Soldatenpiel das Wichtigste.

Zu der weiteren Debatte wurden von der linken Seite, besonders von den Sozialdemokraten, noch manche trefflichen Ausführungen gemacht. Der Kriegsminister schwärmte in seinen Gegenüberungen aber immer für Erwe zu Kaiser und Reich, unbedingten Gehorsam, Disziplin, Schlagerfertigkeit, Vaterlandsliebe, Stolz auf das Königs-Koch, Kammgeschütz usw. Und die bürgerlichen Parteien stimmten bald lebhafter, bald gegensünder dieselbe Antwort an. Die bürgerliche Linke ist abgestimmt auf den Reform-Tresmal nach — aber dann nie wieder. Dann — dann — sind wir wahrlich — wahre Vertreter des Volkes

Algemeines

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 19. Juni 1913 über die Angelegenheiten der Gewerkschaften...

Für die Arbeiterinnen

Die Arbeiterinnen sind durch die Gewerkschaften geschützt und erhalten durch diese einen gewissen Schutz...

Verordnungen

Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten und für deren Wohlfahrt zu sorgen...

Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind die Organisation der Arbeiterinnen und haben die Aufgabe, deren Interessen zu vertreten...

Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten und für deren Wohlfahrt zu sorgen...

Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten und für deren Wohlfahrt zu sorgen...

Stimmzettel

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Die Stimmzettel sind für die Gewerkschaften zu verwenden und müssen die Interessen der Arbeiterinnen widerspiegeln...

Anzeigen

Verlobung: Die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! Jakobische Mühlhausen i. B.

Verlobung: Die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! Gustav Ernst, Bamberg.

Verlobung: Die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! Jakobische Freiburg i. Br.

Nürnbergischer Bäcker- und Konditiergehilfen: Wir sind stolz auf unsere Arbeit und hoffen auf eine gute Zukunft.

Bäcker-Geselle: Ein Mann, der seinen Beruf liebt und mit Leidenschaft arbeitet. Ferdinand Ge. Vries, Oberbürger bei Oettingen.

Bäcker-Geselle: Ein Mann, der seinen Beruf liebt und mit Leidenschaft arbeitet. Gg. Frenn, Eisenhütten, Bamberg 1910.

Künstliche Zähne, Prothesen: Zahnprothesen mit künstlicher Befestigung. Ernst Bode, Zahnarzt, Bamberg, Schützenstr. 43.

Berliner Bäcker! Tanz-Unterricht: Schönehauser Allee 20. Bäcker-Verkehr. Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.

Mitglieder- bzw. öffentliche Besprechungen: (Es möge Bedenken gemacht, bezieht sich die Zeitung auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 29. Juni: 10 Uhr im Gasthaus 'Zum Hirsch', 3 Uhr im Volkshaus, 4 Uhr bei Lehmann, 5 Uhr in der 'Liedertafel'.

Freitag, 1. Juli: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oberstraße 51, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6, 5 Uhr, 'Liedertafel', Grotte.

Freitag, 2. Juli: 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6, 5 Uhr im Gasthaus 'Liedertafel'.

Sonntag, 3. Juli: 4 Uhr im 'Liedertafel', 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6.

Freitag, 4. Juli: 3 Uhr im 'Liedertafel', 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6.

Sonntag, 5. Juli: 3 Uhr im 'Liedertafel', 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6.

Freitag, 6. Juli: 3 Uhr im 'Liedertafel', 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6.

Sonntag, 7. Juli: 3 Uhr im 'Liedertafel', 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6.

Freitag, 8. Juli: 3 Uhr im 'Liedertafel', 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6.

Sonntag, 9. Juli: 3 Uhr im 'Liedertafel', 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6.

Freitag, 10. Juli: 3 Uhr im 'Liedertafel', 3 Uhr bei Meier, St. Pauli, 3 Uhr, 'Stadt Frankfurt', Amalienstr. 6.